WIR UND JETZT

Zukunft braucht Mut!

GRÜNES Programm für ESSEN 2020-2025

Am **13.09.**

Grün wählen!

Zukunft entscheidet sich hier.

WIR UND JETZT

Zukunft braucht Mut!

GRÜNES Programm für ESSEN 2020-2025

Inhaltsverzeichnis

Präambel **8**

1. Essen vielfältig **15**
Kinder und Jugendliche haben Rechte und gehören in den Mittelpunkt 15
Familien besser unterstützen – vielfältige Familienmodelle anerkennen 16
Frauen fördern für eine geschlechtergerechte Stadt 17
Aktiv in jedem Alter: Senior*innen fördern für eine generationengerechte Stadt 18
Vielfältig geprägt – die Einwanderungsstadt gestalten 18
Entschieden gegen Rassismus und für Weltoffenheit 20
Lieb doch, wen du willst: Queer im Revier 20

2. Essen zuhause **23**
Stadtentwicklung nachhaltig gestalten 23
Bauen und Wohnen attraktiver gestalten 24
Lebendige Stadtteile – neue Pionierquartiere 25
Sportangebote ausbauen und zukunftsfähig erneuern 26
Kultur besser fördern für Kreativität und Zusammenhalt 29

3. Essen sozial **33**
Wohnen bezahlbar machen – allen ein gutes Zuhause 33
Bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen 34
Arbeitslosigkeit verringern – Teilhabe schaffen 34
Für eine Sozialpolitik, die Kinderarmut vorbeugt 35
Gesundheits- und Pflegepolitik menschlicher gestalten 36

4. Essen ökologisch **39**
Mehr Grün für unsere Stadt 39
Artenschutz ernstnehmen – Biodiversität schützen 40
Landwirtschaft: regional, ökologisch und artgerecht 41
Den Klimaretter Wald schützen 41
Abfallvermeidung, Recycling und Zero Waste 41
Mit Wasser sorgsamer umgehen 42
Tiere besser schützen 42

5. Essen mobil **45**
So geht Mobilität der Zukunft 45
Mehr Freiraum für Fußgänger*innen 46
Radfahren – sicher, komfortabel, ganzjährig 47
Öffentlichen Nahverkehr konsequent ausbauen 47
Autoverkehr – leiser und schadstoffärmer 49
Bürger*innen vor Fluglärm schützen 50

6. Essen erneuerbar **53**
Energiewende für den Klimaschutz 53
Stadt zum Vorbild machen – Essen energetisch modernisieren 53
Neue Energie für Ruhrbahn, Stadtwerke, Fernwärme 54
Aufbruch in die Energiewirtschaft der Zukunft 55
Wirtschaft in Essen: Fitmachen für künftige Transformationen 55
Ökologisch, sozial und menschlich Wirtschaften 56
Update für die Wirtschaftsförderung 56
Gründergeist mehr Raum geben 57
Digitalisierung in Essen 57
Wissenschaft in Essen: Hochschulen, Forschung und Innovation voranbringen 58

7. Essen bildet **63**
Kitas besser unterstützen 63
Fließende Übergänge schaffen 64
Ganztagsangebote ausbauen 64
Schulsozialindex – Schulen bedarfsgerecht unterstützen 64
Schulentwicklung grün gestalten 65
In Gesundheit und Fortbildung von Lehrer*innen investieren 65
Orte des Lebens und Lernens entwickeln: gesunde Mahlzeiten, kulturelle Bildung 66
Lebenslanges Lernen und Qualifizieren ermöglichen 66
Hochschul- und Stadtentwicklung zusammen denken 66
Kooperations- und Netzwerkstrukturen ausbauen 67

8. Essen bürgernah 69
Rechts- und Innenpolitik: Vorbeugen – was tun, bevor es „brennt“ 69
Sicherheit und Ordnung mit Augenmaß – Freiheit garantieren 70
Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen 70
Gemeinsam aktiv werden für mehr Sicherheit und Freiheit 70
Feuerwehr und Hilfsorganisationen unterstützen 71
Essen als faire und innovative Arbeitgeberin 71
Verwaltung modernisieren 72
Bürger*innen beteiligen – mitwirkende Zivilgesellschaft 72

9. Essen finanzierbar 75
Haushalts- und Finanzpolitik: innovativ, klimagerecht, solide und solidarisch 75

10. Essen regional bis international 79
Metropole Ruhr und RVR 79
Essen – Stadt mit internationaler Verantwortung 79
Essen in Europa 80

Präambel

Liebe Essener*innen,

am 13. September 2020 ist Kommunalwahl. Trotz Corona-Pandemie hält die Landesregierung an diesem Termin fest. Sie entscheiden mit Ihrer Stimme, welche Weichen die Lokalpolitik in den nächsten Jahren stellt – in Krisenzeiten wichtiger denn je. Unsere Bitte: Gehen Sie wählen oder stimmen Sie per Briefwahl ab, mischen Sie sich ein, reden Sie mit. Wir wollen die Stadt mit Ihnen gemeinsam gestalten. Diskutieren Sie mit uns über das, was Sie bewegt – digital oder persönlich. Essen ist die Stadt der Menschen, die hier leben. Uns bewegt: Wie kommt Essen aus der Corona-Krise raus, wie entwickelt sich unsere Stadt weiter? Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben? Wie lösen wir die drängenden Fragen? Zukunft braucht Mut und beherztes Handeln.

Wir denken langfristig und über eine fünfjährige Ratsperiode hinaus. Das ist unser Verständnis von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Momentan bestimmt die Corona-Krise, ihre Bewältigung und Folgen die Politik in unserer Stadt. Die Pandemie verlangt allen viel ab, manchen sehr viel oder zu viel. Wir erleben einen tiefen Einschnitt: im Alltag, im Familienleben, im Job, bei Zukunftsplänen. Corona führt uns die Stärken, aber eben auch die Schwächen unseres Gesundheitssystems vor Augen. Die Menschen im örtlichen Gesundheitsdienst, in der Kranken- und Altenpflege leisten Enormes, ihre Bezahlung ist unangemessen.

Corona wirkt sich massiv auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft aus. Es drohen eine Wirtschaftskrise und Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt. Soziale Ungerechtigkeiten und Risse im Miteinander vertiefen sich: Zwischen jenen, die im Homeoffice arbeiten und weiter ihr Gehalt beziehen, und jenen, die arbeitslos werden oder in Kurzarbeit stecken; zwischen Männern und Frauen, weil letztere in der Realität meist die Hauptlast geschlossener Kitas und Schulen tragen; im „Home-Schooling“ zwischen Kindern aus mehr oder weniger bildungsnahen Familien; zwischen digital aktiven Menschen und denen ohne Internetzugang. Unternehmer*innen und Selbständige, die gut aufgestellt waren, Arbeitnehmer*innen mit eben noch sicherer Perspektive, junge Berufseinsteiger*innen, denen alles offen zu stehen schien, sorgen sich um ihre Zukunft. Alleinerziehende und kinderreiche Familien, Geringverdienende und Arbeitslose, Studierende und Azubis, Kulturschaffende, Solo-Selbstständige, Gastronomen und viele mehr sind coronabedingt finanziell besonders belastet und benötigen Unterstützung.

Die Krise traf uns Essener*innen unvorbereitet. Es fehlen Vorsorge und allumfassende Rettungsschirme für alle Gruppen und Branchen. Darum müssen wir die Probleme beherzter angehen als vor dieser neuen Krise. Denn alte Krisen setzen sich fort und Probleme, die wir vorher schon hatten, zeigen sich durch Corona wie unter einem Brennglas – von der Kinderbetreuung über Kultur bis zur Pflege. Darum brauchen wir in Essen ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Unsere Stadt braucht von Bund und Land einen „Rettungsschirm für Kommunen“. Denn Corona wird unseren Haushaltsfinanzen teuer zu stehen kommen.

Auf das Bewältigen der Pandemie-Folgen liegt derzeit das Hauptaugenmerk, zeitgleich schreiten andere Krisen, vor allem die Klimakrise, aber weiter unverändert voran. Durch SARS-CoV-2 wurde der Menschheit drastisch vor Augen geführt, dass die Zerstörung intakter Ökosysteme und der Klimawandel eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung neuartiger Viruserkrankungen spielen. Für uns ein gewichtiger Grund mehr, Umwelt, Klima und damit unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Die letzten Jahre waren global die wärmsten jemals gemessenen. Extremwetter-Ereignisse haben die Verwerfungen der Klimakrise auch hierzulande sicht- und spürbar gemacht. Zu Recht wachsen Klimaproteste: Immer mehr Essener*innen engagieren sich in der Klimaschutzbewegung. Auch in unserer Stadt erlebten wir einen viel zu trockenen Frühling. Akut droht uns das dritte Dürrejahr in Folge. Wenn wir die Klimakrise abbremsen wollen, dann sind die kommenden Jahre das alles entscheidende und letzte Zeitfenster. Ein Kurswechsel ist möglich, wenn wir entschlossen handeln – lokal bis global. Klimaschutz gelingt nur, wenn Großstädte wie wir endlich vorangehen.

Die nächsten Monate stellen uns in Essen vor die Wahl: Schreiben wir die alte Politik, die alten Probleme, die alten Ungleichheiten fort – und lösen damit neue aus? Oder treiben wir beherzt die notwendigen Veränderungen voran und bauen Essen auf festem Grund sozialer und ökologischer? Wir sind überzeugt, dass nur ein politischer Aufbruch aus der Krise führt. Die Corona-Krise zwingt uns alle, Gewissheiten zu hinterfragen und innezuhalten. Darin liegt auch die Chance, nun neue Wege einzuschlagen. Denn neben Schrecken und Leid sehen wir auch, dass ungeheure Solidarität, Kreativität und Initiative entstanden sind. Wir erleben, was möglich ist und wie wirksam Politik ist, wenn der Wille und der Fokus da sind. Wir müssen diese Krise zusammen und solidarisch in die Zukunft denken. Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, aus der Krise einen Aufbruch für Essen zu schaffen – sozial, ökologisch und ökonomisch.

Mit diesem Programm stellen wir Ihnen vor, was wir vorhaben. Wir laden mit den folgenden zehn Kapiteln ein auf einen Rundgang durch Essens Zukunft – vom Menschen

über die Natur, von lokal bis überregional. Essen ist eine Stadt der Vielfalt, in der wir alle ein gutes Zuhause haben wollen. Dafür sind eine nachhaltige Stadtentwicklung und gute Sozialpolitik nötig, die niemanden zurücklässt. Wir setzen uns für ein ökologisches, mobiles und modernes Essen ein, das fit ist für die Zukunft und in dem alle Menschen gute Bildungschancen haben. Wir stehen für eine solide, klimagerechte und solidarische Haushalts- und Finanzpolitik. Für eine vernetzte Stadt mitten in Europa.

Die Klimakrise und das Artensterben sind nicht plötzlich vorbei. Sie zu stoppen ist unser aller Verpflichtung. Denn wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt und müssen sorgsam mit ihr umgehen. Wir wollen für Essen eine kinder- und enkelgerechte Politik, welche die Zukunft in den Mittelpunkt rückt. Klima- und Umweltschutz sehen wir als Leitlinie für alle Bereiche, damit die Lebensgrundlagen unserer Stadt erhalten bleiben. Wir wollen Essen möglichst bis 2030 zur klimaneutralen Stadt machen. Dafür muss sich vieles ändern, manches noch entwickelt werden. Wir wollen den Verkehr in Essen neu denken, ihn besser organisieren, Lust auf Umsteigen machen. Damit Mobilität einfacher, emissionsärmer und sicherer für alle wird.

Als Kulturhauptstadt und Grüne Hauptstadt, als Stadt der Wissenschaft und Energie wollen wir Potenziale entfalten und Menschen mehr Perspektiven geben, Wohlstand sichern und neue Jobs schaffen durch bessere Bildung und klimaschonendes Wirtschaften. Wir wollen, dass es in Essen gerechter zugeht und alle dazugehören: ob arm oder reich, jung oder alt, hier geboren oder anderswo, in jedem Quartier. Gleiche Chancen für alle ist uns ein Herzensanliegen. Wohnen ist ein Grundrecht, es muss für alle Essener*innen gelten. Wir wollen neuen, bezahlbaren und klimagerechten Wohnraum schaffen und durch eine nachhaltige Stadtentwicklung die Lebensqualität in Essen steigern. Lebendige und attraktive Stadtteile prägen unser Zuhause.

Wir stehen für eine offene Stadtgesellschaft und ein gutes Miteinander in Vielfalt. Wir werden dieses Essener Lebensgefühl und unsere lokale Demokratie gegen Angriffe aus dem rechten Spektrum entschieden verteidigen. Wir wollen ein Essen, das zusammenhält: fair, solidarisch und für alle. Globales Denken und lokales Handeln gehören für uns GRÜNE zusammen. Friedliches Miteinander, lebendige Demokratie, starke Menschenrechte und Nachhaltigkeit sind Maßstab unserer Politik in Essen, im Ruhrgebiet, in Europa. Darum wollen wir GRÜNE mit den Veränderungen hier in der Stadt beginnen, Innovationen eine Chance geben und Fortschritt entwickeln. Wir Essener*innen haben viel Erfahrung mit Strukturwandel. Wir krempeln die Ärmel hoch, probieren aus und packen Herausforderungen an.

Die Große Koalition im Rat verwaltet anstatt zu gestalten. Aufbruch geht anders. Essen hat eine engagierte Zivilgesellschaft, die mehr möchte. Damit es in Essen wirklich vorangeht, braucht es andere politische Mehrheiten. Deswegen wollen wir bei der Kommunalwahl im Herbst so stark wie möglich werden. Denn wir wollen regieren und Essen zukunftsfähig machen. Mit Mehrdad Mostofizadeh haben wir einen Oberbürgermeister-Kandidaten, der unsere Stadt mit grünen Ideen in ein neues Jahrzehnt führen möchte. In Essen gibt es viel zu tun und zugleich allen Grund, positiv in die Zukunft zu blicken. Wir GRÜNE wollen die vielen Chancen, die sich unserer Stadt bieten, mit Kreativität und Zuversicht ergreifen. Essen ist erneuerbar – ökologisch und sozial. Wir, hier und jetzt!

Darum: Wählen Sie bei der Kommunalwahl am 13. September 2020 bei der Wahl für die Bezirksvertretung, den Stadtrat, den Oberbürgermeister, das Ruhrparlament RVR und den Integrationsrat GRÜN.

GRÜNES Programm für ESSEN 2020-2025

1. Essen vielfältig

Essen – Stadt der Vielfalt

Essen ist Stadt der Vielfalt, eine Diversity-Metropole. Die Stadtgesellschaft hat sich stark verändert. Anerkennung von Vielfalt ist daher Grundprinzip unseres Zusammenlebens. Vielfalt ist eine Ressource, wir wollen sie als Chance nutzen. Wir wollen Bedingungen schaffen, die allen Menschen gleiche Rechte und Pflichten, Chancen und Möglichkeiten garantieren. Alle Essener*innen sollen gleichermaßen ihre Fähigkeiten einbringen und ein gutes, selbstbestimmtes Leben führen können.

Die Sprossen der gesellschaftlichen Leiter dürfen nicht so weit auseinanderliegen, dass Aufstieg kaum möglich ist. Armut grenzt aus und schadet uns allen. Deshalb streiten wir für eine inklusive Gesellschaft, an der alle Menschen teilhaben. Egal, woher man kommt, was man gelernt hat oder verdient, egal welchen Alters, mit welchen kulturellen Prägungen, ob gesund oder krank, religiös oder nicht, mit welcher sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität: Jede*r Mensch ist einzigartig, wird respektiert, gehört dazu.

Gleiche Menschenwürde für alle – das ist uns ein grundgesetzlicher und menschenrechtlicher Auftrag. Wir wollen Antisemitismus, Rassismus, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus, Queer- und Frauenfeindlichkeit, Diskriminierung aufgrund des sozialen Status oder von Menschen mit Behinderungen entschieden entgegentreten.

Kinder und Jugendliche haben Rechte und gehören in den Mittelpunkt

In Essen leben rund 100.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Essen darf sich nicht länger nur „Großstadt für Kinder“ nennen. Wir wollen, dass Essen tatsächlich eine Stadt wird, in der Kinder und ihre Familien ein attraktiveres Umfeld vorfinden. Darum setzen wir uns für mehr Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien in den jeweiligen Stadtteilen ein. Eine kinder- und familiengerechte Politik erhöht Lebensqualität, stärkt Zusammenhalt und Solidarität zwischen Alt und Jung.

Kinder haben Rechte. Diese wollen wir gemeinsam mit Stadt, Vereinen, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen garantieren. Kinder brauchen starke Eltern und diese öffentliche Unterstützung. Denn es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen und es stark zu machen. Kinder gehören geschützt und besser beteiligt durch kindgerechte Partizipationsmöglichkeiten. Kinder und Jugendliche müssen – unabhängig von Bildung und Einkommen ihrer Eltern – gleichen Zugang zu Sport-, Kultur-, und Freizeitangeboten haben. Darum wollen wir gemeinsam mit der Verwaltung Organisationen und Vereine stärken, die daran arbeiten. Alle Partner*innen gehören an einen Tisch, um Programme vom Kind

her zu denken und erfolgreiche Projekte und Modelle in die Regelförderung zu bringen.

Kinderarmut sagen wir den Kampf an. Armutsgefährdung von klein auf ist in Essen vielerorts ein Problem. Eine Kindergrundsicherung von Bundesebene, beste Kitas und Schulen vor Ort, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit der Eltern, ein höherer Mindestlohn für Geringverdienende, eine gute Quartiersentwicklung und aufsuchende Sozialarbeit wirken gegen Kinderarmut. Projekte von „Theater und Philharmonie" an Bildungseinrichtungen im Quartier wollen wir stärken. Wir haben vor, bei der Beantragung von Mitteln aus dem „Bildungs- und Teilhabe-Paket" besser zu unterstützen – durch Lots*innen, die erste Ansprechpersonen für Bürger*innen sind.

Spielmöglichkeiten, Bewegung, Kulturerfahrungen und gesunde Ernährung sind für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zentral. In allen Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen muss ein Konzept für gesunde Ernährung entwickelt und umgesetzt werden.

Kinder und Jugendliche brauchen mehr attraktive Spiel- und Bolzplätze, Skate-Anlagen, Rückzugs-, Frei- und Kreativräume in ihren Stadtteilen. Wir wollen Schwimmbäder und Bibliotheken erhalten – denn beides fördert elementare Kulturtechniken. Kinder und Jugendliche müssen im öffentlichen Raum willkommen sein und ihn frei nutzen können. Dafür muss dieser attraktiv gestaltet sein.

Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Jugendtreffs in den Quartieren zu erhalten, zu modernisieren und neue Treffs aufzubauen. Für eine nachhaltige Jugendarbeit braucht es auch eine gesamtstädtische Jugendstrategie, die den Bedarfen der jeweiligen Stadtteile gerecht wird. Damit Kinder und Jugendliche ihre Zukunft selbst gestalten können, müssen die politische Jugendarbeit gestärkt und Möglichkeiten der Mitbestimmung eröffnet werden.

Familien besser unterstützen – vielfältige Familienmodelle anerkennen

Wir wollen Familien besser unterstützen. Familie ist da, wo Kinder leben und Menschen verbindlich Verantwortung füreinander übernehmen – egal, ob mit oder ohne Trauschein, gleich- oder verschiedengeschlechtlichen Eltern, als Patchwork-Family oder Alleinerziehende. Essen muss eine Stadt sein, in der Familien ihr Leben lang nach eigenen Vorstellungen gestalten können und bei Bedarf unterstützt werden – ob bei Kinderbetreuung, in Krisensituationen oder während Pflegezeiten.

Es braucht guten bezahlbaren Wohnraum mit fairen Mieten, orientiert an den Bedürfnissen von Familien. Es braucht mehr verkehrsberuhigte oder autofreie Zonen, wo sich Kinder frei bewegen und wo sie spielen können. Wir wollen wohnortnahe Kinderbetreuungsangebote sowie spannende, inklusive und gepflegte Spielplätze.

Familien sollen sich barrierefrei in Essen bewegen können. Verkehrsinfrastruktur muss familiengerecht ausgebaut und der Bus- und Bahn-Takt verdichtet werden, wenn besonders viele Familien mit Kindern unterwegs sind. Kurzum: Wir wollen eine Stadtplanung, die kurzen Beinen gerecht wird und Kindern mehr Freiraum bietet.

Bei familiären Problemen wollen wir, dass Beratungs- und Hilfsangebote für alle zugänglich sind und darüber besser informiert wird. Ergänzende Kinderbetreuung, Notfallbetreuung und individuelle Beratung muss auch Ein-Eltern-Familien in die Lage versetzen, mit ihrer Berufstätigkeit die Zukunft ihrer Familie selbstbestimmt zu gestalten und zu sichern. Damit es den Kleinsten in unserer Gesellschaft gut geht, wollen wir in Essen optimale Rahmenbedingungen des Aufwachsens schaffen.

Frauen fördern für eine geschlechtergerechte Stadt

Mehr als die Hälfte der Essener Bevölkerung ist weiblich. Ihre Interessen sollten sich in allen Bereichen des täglichen Lebens widerspiegeln. Alle Entscheidungen und Maßnahmen der Verwaltung müssen daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf Männer und Frauen, Mädchen und Jungen haben. Das Gender Mainstreaming muss auf jede Verwaltungsvorlage ausgeweitet werden. Wir wollen eine Gender-Relevanzprüfung in allen Bereichen einführen. Wir wollen geschlechterbedingte Ungleichheiten in den städtischen Investitionen und Strukturen offenlegen, Bewusstsein dafür schaffen und diese abbauen.

Eine Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes ist unabdingbar für Essen, denn Frauenförder- und Chancengleichheitspläne sind notwendig. Sie zielen darauf ab, endlich den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen, durch Fortbildungen für Frauen im Mittelbau oder die Vergabe der Hälfte der Ausbildungsplätze an Frauen.

Wir wollen eine paritätische Besetzung von Gremien in Politik und Verwaltung. Dies ist ein wichtiger Baustein für ein chancen- und geschlechtergerechtes Essen. Darum sollten auch die Spitzenämter der Stadt mit Frauen und Männern gleichermaßen besetzt werden. Daher haben wir auf unsere Ratsreserveliste genauso viele Frauen wie Männer gewählt. Die Mittel der neun Essener Bezirksvertretungen müssen Frauen und Männern gleichermaßen zugutekommen.

Einrichtungen in unserer Stadt, die Opfern von Gewalt gegen Frauen Schutz und Unterstützung gewähren, sind finanziell dauerhaft abzusichern und weiter zu fördern. Seit vielen Jahren fehlen Plätze im Essener Frauenhaus. Ein Ausbau von Plätzen, vor allem für Frauen mit Kindern, steht bei uns deshalb genauso auf der Prioritätenliste wie die dauerhafte Finanzierung des Essener Frauenhauses und der Frauenberatungsstellen.

Wir wollen Opferschutz stärken, Präventivmaßnahmen ausbauen und erfolgreich umsetzen. Sexistische Hetze und Hasskriminalität gegen Frauen sowie LGBTTI müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft und geahndet werden. Eine mädchen- und

frauenspezifische Gesundheitsberatung – zu Schwangerschaften, sexueller Selbstbestimmung, Verhütungsfragen und Essstörungen – ist notwendig und soll öffentlich finanziell gefördert werden. Spezifische Maßnahmen für wohnungslose Frauen müssen gesichert sein.

Stadtplanung ist oftmals rein männlich geprägt, aber Frauen und Männer haben verschiedene Erwartungen an die Stadtplanung. Mobilität, Einkaufsmöglichkeiten, Sicherheit in öffentlichen Räumen, Öffnungszeiten von Verwaltungsdienststellen und vieles mehr muss aus der Perspektive aller Geschlechter gedacht werden.

Aktiv in jedem Alter: Senior*innen fördern für eine generationengerechte Stadt

Essens Einwohner*innen werden immer älter. Wir wollen das Wohlergehen Älterer durch eine alten- und generationengerechte Politik absichern. Ältere Menschen haben andere Anforderungen an unsere Stadt als jüngere. Essen steht vor der Aufgabe, für die wachsende Zahl älterer Menschen Bedingungen zu schaffen, die ihnen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten Umfeld ermöglichen. Auf diese Weise lässt sich vorzeitige Pflegebedürftigkeit verhindern und auch Vereinsamung vorbeugen.

Die Förderung eines barrierefreien Wohnungsangebots, die Unterstützung neuer Wohnformen wie Mehrgenerationenhäusern und Senior*innen-Wohngemeinschaften sowie der barrierefreie Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen – speziell in den Stadtteilen – ist hierfür dringend notwendig. Neben der Wohnsituation ist die Frage der Mobilität für ältere Menschen von zentraler Bedeutung, um Angelegenheiten des alltäglichen Lebens zu organisieren, aber auch, um weiter soziale Kontakte pflegen zu können. Senior*innen, die nicht mehr so mobil sind, benötigen weitere Unterstützungsmaßnahmen, wie Patenschaftsprojekte und Besuchskreise. Auch Angebote haushaltsnaher Dienstleistungen, wie Einkaufs- oder Fahrdienste, müssen weiter ausgebaut werden und auch für Menschen erreichbar sein, die nicht digital vernetzt sind.

Die Anzahl der Senior*innen, die mit Smartphone und Internet vertraut sind, nimmt jedoch stetig zu. Deshalb sollte die Stadt Essen Serviceangebote und Informationen zu Senior*innen-Themen zusammengefasst in einer eigenen App anbieten.

Vielfältig geprägt – die Einwanderungsstadt gestalten

Essen ist seit Jahrhunderten Einwanderungsstadt. Wir wollen sie weiter gestalten. Ohne „Gastarbeiter*innen“ hätten wir als Bergbau- und Industriestandort nicht diesen wirtschaftlichen Erfolg gehabt. Essen hat zehntausende Erfolgsstorys gelungener Integration zu bieten. Diese gilt es, stärker sichtbar zu machen und zu würdigen. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl als humanitäre Verpflichtung. Wir wollen, dass Essen endlich ein „sicherer Hafen“ wird und sich an der „Aktion Seebrücke“ beteiligt. Wir bauen auf gute Integrationsangebote für Flüchtlinge und Zugewanderte. Wir wollen kulturelle Begegnungsstätten, damit Neuzugewanderte und Alteingesessene zueinander finden und Kompetenzen gebündelt sind. Die Stadtverwaltung benötigt einen „Aktionsplan Antirassismus“, entsprechend der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Wir wollen die Stelle eines bzw. einer Antirassismus-Beauftragten schaffen und die Antidiskriminierungsstelle stärken. Diese Stellen sollen Fort- und Weiterbildung für Angestellte im öffentlichen Dienst organisieren, Diversity-Einstellungskriterien für Verwaltungsmitarbeiter*innen und einen Verhaltenskodex für die Verwaltung und städtische Töchter entwickeln.

Die Ausländerbehörde muss zurück in die Innenstadt. Wir wollen eine Ausländerbehörde schaffen, die von Willkommenskultur geprägt ist. Dazu gehören, neben der baulichen Gestaltung innen wie außen, Fortbildungen für Mitarbeiter*innen, damit der Kulturwandel zur Servicestelle gelingt. Bündnisse zur Integrationshilfe wollen wir durch eine Neugestaltung der Fördertöpfe besser unterstützen. Migrant*innen-Organisationen und etablierte Initiativen können voneinander lernen, ihre Kooperation wollen wir daher stärken. Die aktive Einbindung von Akteuren, Stadtteilmanager*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ist notwendig und zielführend. Bürgerprojekte unterstützen aktiv die Einbindung und schaffen in unseren Stadtteilen ein Wir-Gefühl.

Wir wollen eine Einbürgerungsoffensive in unserer Stadt, damit mehr Essener*innen Deutsche mit allen Bürger*innenrechten werden. Auf Bundesebene wollen wir darauf hinwirken, dass integrationsfeindliche Kettenduldungen der Vergangenheit angehören. Kinder, die in Deutschland geboren wurden oder die längste Zeit ihres Lebens hier wohnen, dürfen ihren Status nicht von Eltern oder Großeltern erben. Kommunale Spielräume zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für langjährig Geduldete wollen wir wohlwollend nutzen. Professionelle Beratungsstellen für Geflüchtete sind dafür hilfreiche Partner*innen. Um die Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde zu entlasten, wollen wir kurzfristig die Zeiträume der ausgestellten Duldungen verlängern. Wir wollen Menschen durch einen sicheren Bleiberechtsstatus helfen, aktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Die Willkommenskultur in unserer Stadt wollen wir mit einfachen Mitteln wie Infoflyern und Willkommenspaketen weiterentwickeln, um Integration aktiver zu fördern.

Wir wollen Möglichkeiten eröffnen, gemeinsam Stadt und Region und ihre kulturellen Angebote und grünen Infrastrukturen kennenzulernen. Wir wollen für alle Schüler*innen den internationalen Jugend-Austausch und Klassenfahrten ins Ausland besser fördern. Für „Erasmus Plus“ wollen wir in Berufsschulen stärker werben, um dafür mehr Azubis zu gewinnen.

Entschieden gegen Rassismus und für Weltoffenheit

Wir stehen für Akzeptanz, Vielfalt, Gleichberechtigung und Freiheit. Dies vertreten wir mit einer klaren Haltung gegenüber populistischen und rechtsextremistischen Gruppen. Wir kämpfen gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir sind engagiertes Mitglied im Bündnis „Essen stellt sich quer“ (ESSQ).

Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung. Dieses Bewusstsein zu erhalten und zu wecken ist eine staatliche und demokratische Pflicht, auch auf lokaler Ebene. Darum unterstützen wir Erinnerungskultur und Orte des Gedenkens in unserer Stadt. Alle sind gefordert, konsequent zu verhindern, dass rechtsextremes Gedankengut Fuß fasst und salonfähig wird. Dafür müssen alle Demokrat*innen zusammenstehen. Wehrhafte Demokratie zeigt sich vor Ort.

Das Auftreten rechter Gruppierungen in einzelnen Stadtteilen erfüllt uns mit Sorge. Unter dem Deckmantel des „besorgten Bürgers“ wird hier versucht, arglosen Bürger*innen rechtsextremes Gedankengut näherzubringen und Grenzen zu verschieben. Wir möchten dem Rechtsruck gemeinsam einen Ruck der demokratischen Mitte entgegensetzen. Denn nur vereint können wir eine weitere Spaltung verhindern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt schützen. Eine Kulturalisierung von Debatten lehnen wir daher ab. Die Sensibilisierung der Bevölkerung muss mit einer erhöhten Aufmerksamkeit aller maßgeblichen städtischen Stellen einhergehen. Rechtsnationale Gruppen müssen ebenso strukturiert beobachtet werden wie andere terrorbereite Vereinigungen. Wir fördern die Stärkung von Netzwerken gegen Rechtsextremismus und Rassismus, um Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir fordern einen kommunalen Aktionsplan „Strategien gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“.

Lieb doch, wen du willst: Queer im Revier

Wir stehen für eine offene Stadt, in der alle Menschen verschieden sein können – ohne Angst vor Ausgrenzung. In unserer Stadtgesellschaft darf niemand wegen der sexuellen Orientierung und geschlechtliche Identität ausgegrenzt werden.
Wir unterstützen die LGBTTI-Community in ihrem Einsatz für Gleichberechtigung, gegen Diskriminierung und für Respekt. Die Stadt Essen gründete vor Jahren die „Koordinierungsstelle Gleichgeschlechtliche Lebensweisen LSBTI*“, deren Ziele wir vollumfänglich unterstützen. Wir wollen die Akzeptanz queerer Lebensweisen und den Schutz vor Diskriminierung weiter erhöhen.

Wir wollen die Aufgaben der Koordinierungsstelle gemeinsam mit den beteiligten Initiativen des „Forums Essener Lesben und Schwule“ (F.E.L.S.) ausbauen und in der Stadt fest verankern. Das Handlungskonzept muss erneuert, erweitert und in vielen Punkten weiter kontinuierlich umgesetzt werden. Dazu gehört z.B. die Absicherung eines schulischen Aufklärungsprojektes über queere Lebensformen. Das LGBTTI-Jugendzentrum „Together“ wollen wir dauerhaft finanziell absichern. Beratungsangebote für queere Fragen müssen weiter gefördert und auf alle Altersgruppen ausgeweitet werden. Ebenso sind Schulungen, die über die Belange queerer Menschen informieren, für städtische Mitarbeiter*innen und Fachkräfte in Jugendarbeit und Schulen notwendig.

Wir unterstützen den Christopher Street Day (Ruhr-CSD) in Essen und setzen uns für eine weitere Sensibilisierung der Gesellschaft hinsichtlich von LGBTTI-Rechten und -Belangen ein. Nur durch eine breite Aufklärung und Menschenrechtsarbeit in allen Bereichen der Stadtgesellschaft kann die Diskriminierung queerer Menschen gänzlich abgebaut werden.

2. Essen zuhause

Stadtentwicklung nachhaltig gestalten

Wir denken Stadtentwicklung langfristig, ökologisch, klimaneutral, ressourcenarm, sozial inklusiv, generationengerecht und barrierefrei. Unser Ziel ist, dass jede*r in einem individuell bezahlbaren, gut passenden, ökologisch und klimatisch zukunftsfähigen Wohnraum leben kann. Mit einer lebenswerten Stadt der kurzen Wege wollen wir alle Stadtquartiere so weiterentwickeln, dass möglichst viele Ziele wohnungsnah liegen und zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar sind.

Die Stadt Essen braucht eine integrierte Stadtentwicklungsplanung, bei der Verkehrs-, Schul-, Sport- und Kita-Planung Hand in Hand gehen. Im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans müssen die Wechselbeziehungen mit Essens Nachbarstädten besser berücksichtigt werden. Wir streben eine Netto-Neuversiegelung von null Hektar im Stadtgebiet an: Flächenversiegelung sollte an anderer Stelle durch Entsiegelung ausgeglichen werden.

Neue Wohn- und Gewerbeflächen wollen wir durch die Aufstockung vorhandener Gebäude, die Schließung von Baulücken und durch die Revitalisierung versiegelter Flächen ermöglichen. So wollen wir das bislang ungenutzte Potential heben, das in der Aufstockung von Parkhäusern, eingeschossigen Geschäfts- und Gewerbegebäude sowie in einer anderen Nutzung von überflüssigen Verkehrsflächen liegt. Landschaftsschutzgebiete, wertvolle Grünflächen, landwirtschaftliche Flächen, der Wald und besonders artenreiche Lebensräume sollen erhalten bleiben. Das städtische Baulückenkataster muss aktualisiert und für diese Aufgabe mehr Personal bereitgestellt werden. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft wollen wir finanziell stärken, damit Allbau noch wesentlich mehr in die Schaffung neuer und die Modernisierung bezahlbarer Mietwohnungen investieren kann. Bei Neubauvorhaben soll das Grünvolumen als Bewertungsfaktor mit einbezogen werden, um Klimaneutralität zu gewährleisten. Sollte dies auf den Flächen selbst nicht möglich sein, ist an anderer Stelle auszugleichen. Angesichts von Flächenknappheit wird eine aktive städtische Boden- und Flächenpolitik zum Dreh- und Angelpunkt einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Stadt soll gezielt Grundstücke ankaufen und neu entwickeln. Die Vergabe von Grundstücken soll künftig möglichst im Erbbaurecht erfolgen, damit der Stadt die Grundstücke erhalten bleiben. Vorkaufsrechte der Stadt sollen konsequent genutzt werden.

Wir treten für eine grundlegende Reform der sozial gerechten Bodennutzung ein, nach dem Vorbild der Stadt Münster. Hierbei wird durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Stadt, Investor*innen, Bauwirtschaft und Eigentümer*innen festgelegt, wonach neues Wohnbaurecht besteht, wenn die Stadt das Optionsrecht erhält, mindestens 50% der Flächen selbst zu erwerben. Auf diesen Flächen können die

städtischen Immobiliengesellschaften Allbau und GVE langfristig selbst bezahlbaren und dauerhaft gebundenen Wohnraum schaffen. Wir wollen eine Stadtentwicklungsgesellschaft gründen mit Hilfe von Erlösen aus dem Verkauf städtischer RWE-Aktien. Diese Gesellschaft hat zur Aufgabe, sich um den Ankauf von Schrottimmobilien, Flächenrecycling und Baureifmachung von Grundstücken zu kümmern.

Mit einem kooperativen Baulandmodell nach Kölner Vorbild soll ein Instrument für ein strategisches Flächenmanagement geschaffen werden. Die Baulandbereitstellung wird dabei mittels Baurechtssatzung und städtebaulichen Verträgen an soziale und ökologische Ziele gebunden. Damit verpflichten wir Bauherr*innen, Investor*innen sowie Vorhabenträger*innen, bei Planvorhaben, die eine Bebauungsplanung benötigen, die städtebaulichen Ziele zu realisieren.

Wir wollen Genossenschaften und Baugemeinschaften beim Wohnungsneubau unterstützen und Möglichkeiten entwickeln, wie sich neue Genossenschaften leichter gründen können.

Für eine bürgerfreundliche und identitätsstiftende Stadtentwicklung ist Denkmalschutz unerlässlich. Dazu gehört eine angemessene personelle Ausstattung der Unteren Denkmalbehörde. Auch eine Schließung der Schutzlücke unterhalb des Denkmalschutzes für Stadtbild prägende Gebäude mittels Denkmalbereichssatzungen erachten wir als sinnvoll.

Bauen und Wohnen attraktiver gestalten

Wir wollen die Öko- und Klimabilanz des Wohnens und Bauens in Essen deutlich verbessern. Dabei sind uns ökologische Standards, energetische Gebäudesanierung und flächensparendes Bauen besonders wichtig. Für uns geht generell Sanierung und Modernisierung vor Abriss und Neubau.

Wir unterstützen innovative Bauformen wie das modulare Bauen, bei dem vorproduzierte standardisierte Elemente intelligent zu Gebäuden zusammengefügt werden. Auch die Vorteile von Holz als Baustoff (Holzmodulbauweise) wollen wir geeignet nutzen, denn Bauen mit Holz ist CO2-sparsam und recyclingfähig. Der Einsatz von regionalen Rohstoffen sowie von Recycling (RC)-Beton bringt ökologische Vorteile und eine positive Klimaschutzwirkung.

Um die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt zu erhöhen, brauchen wir beim Bauen mehr Qualität und Attraktivität statt einfallsloser Massenware. Zu einer besseren Bau- und Planungskultur gehören für uns u.a. konkretere Qualitätsvorgaben für städtische Bauvorhaben sowie eine andere Beteiligungskultur in Planungsprozessen. Neue Quartiere sollten kompakt bebaut und vielfältig genutzt werden. Darum wollen wir, dass mehr Geschosswohnungen und weniger Einfamilien- und Reihenhäuser in Essen gebaut und genügend Grün- und Begegnungsflächen geschaffen werden.

Zur Wissenschaftsstadt Essen, die mit ihren beliebten Hochschulen ein attraktiver Studienort ist, gehört auch bezahlbarer studentischer Wohnraum. Wir unterstützen das Deutsche Studentenwerk daher dabei, den Bau eines neuen modernen Studierenden-Wohnheims in Essen zu planen. Daneben muss die Landesregierung den eklatanten Sanierungsstau bei den bestehenden Wohnheimen beheben.

Für ein besseres Stadtklima wollen wir mehr ökologisch hochwertige Dach- und Fassadenbegrünungen verwirklichen. In neuen Bebauungsplänen ist festzuschreiben, dass Vorgärten zu begrünen sind und Versiegelung möglichst gering zu halten ist. Bei der Sanierung und Schaffung von Wohnraum gilt es, verstärkt die Belange des Artenschutzes zu beachten.

Lebendige Stadtteile – neue Pionierquartiere

Wir wollen eine gute Durchmischung in allen Quartieren – sozial, ethnisch und altersmäßig. Dazu gehört für uns, Quartiere aufzuwerten, ihre Attraktivität zu steigern und zugleich das dortige Mietniveau bezahlbar zu halten. Wir unterstützen daher das integrierte Stadtteilentwicklungskonzept „Starke Quartiere – starke Menschen", bei dem Bundes-, Landes- und EU-Fördermittel in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf im Sinne einer positive Quartiersentwicklung gebündelt werden. In einem Wettbewerb wollen wir beispielhafte bürgerschaftliche Quartiersprojekte ausloben.

Wohnen ist auch in Essen zu einer zentralen Gerechtigkeitsfrage geworden. Denn die Nachfrage nach kleinen, altersgerechten, barrierefreien und preisgünstigen Mietwohnungen kann nicht befriedigt werden. Darum brauchen wir eine verbindliche Quote für sozial geförderten Wohnungsbau von mindestens 30 Prozent bei allen Neubauvorhaben. Gleichzeitig müssen die Angemessenheitsgrenzen bei den Kosten der Unterkunft angepasst werden, damit Bezieher*innen von SGBII-/SGBXII-Leistungen alle Sozialwohnungen auch beziehen können. Unser Ziel ist, dass Menschen so selbstbestimmt und so lange wie möglich in ihrer vertrauten sozialen Umgebung leben können. Wir setzen uns für Nachbarschaftsnetzwerke und Mehr-Generationen-Wohnen ein. Außerdem unterstützen wir Projekte wie „Wohnen mit Service", also Angebote des Vermieters für Bring- und Hol- sowie Hausmeister-Dienste.

Leerstand oder gewerbliche Kurzzeitvermietung entziehen dem angespannten Wohnungsmarkt zusätzliche Wohnungen. Wir wollen daher eine Zweckentfremdungssatzung in Essen einführen. Öffentlicher Raum muss barrierefrei gestaltet sein. Dies gibt nicht nur die Verpflichtung der UN-Behindertenrechtskonvention vor, sondern auch die zunehmende Alterung der Stadtgesellschaft.

Gute Bau- und Stadtentwicklung geht nicht ohne die Menschen vor Ort: Wir wollen aktive Beteiligungsverfahren und eine größere partizipative Gestaltung von Wohnprojekten und Quartieren. Bürger*innen sollen aktiver in Planungsprozesse einbezogen

werden. Wir unterstützen alle Menschen, die im geplanten Stadtraum „offene Räume“ als kulturelles Potential entdecken und erhalten wollen. Um kreatives Potenzial in unserer Stadt zu halten und dafür zu begeistern, müssen Flächen und Räume für Subkultur geschützt und geschaffen werden.

Essen hat mit dem Quartier „Essen 51“, der „Freiheit Emscher“, der „Marina Essen“, dem alten Zeitungsviertel („Literatur-Quartier“) und der Fläche an der Stauderstraße in Altenessen die Gelegenheit, ganze Stadtteile bzw. gemischte Quartiere als Pionierprojekte neu zu gestalten. Wir wollen, dass diese Quartiere ökologisch und sozial vorbildlich entwickelt werden. Wichtig sind dabei auch eine ausreichende Kita-, Schul- und Nahversorgung sowie kluge Verkehrskonzepte.

Sportangebote ausbauen und zukunftsfähig erneuern

Bewegung, Spiel und Sport sind menschliche Grundbedürfnisse. Sport macht Spaß, fördert Gesundheit, Lebensfreude und das soziale Miteinander. Sport entfaltet eine große integrative und inklusive Kraft. Sport verbindet Menschen über alle sozialen und kulturellen Grenzen hinweg. Sport- und Bewegungsangebote, sowie sichere – und gerade für Kinder und Jugendliche – anregende Aufenthaltsräume sollen daher Teil einer jeden Nachbarschaft und Quartiersplanung sein. Bewegung zu Fuß oder per Rad reduziert unnötige Umwelt- und Gesundheitsbelastungen. Sie trägt nachhaltig zu einem gesunden Leben und persönlichem Wohlbefinden bei.

Daher sollten öffentliche Einrichtungen wie Kitas und Schulen, aber auch Kultureinrichtungen und Dienststellen über ausreichende Bewegungsorte und sichere Abstellanlagen für Kinderwagen, Fahrräder und Rollstühle verfügen. Sport ist ein Teil unserer Bildungslandschaft: Tägliche Bewegungsmöglichkeiten außerhalb des Sportunterrichts und Angebote an verschiedenen Orten fördern Lernerfahrung und -erfolg. Optimal lässt sich dies mit einem spielerischen Erlernen einer abwechslungsreichen und gesunden Ernährungsweise verbinden.

Wir wollen Sportangebote für alle Essener*innen zugänglich machen: Jung und Alt, Breiten- und Spitzensportler*innen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund oder Behinderungen. Die Spiel- und Bewegungsbedürfnisse junger Generationen wollen wir besonders berücksichtigen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendeinrichtungen und dem Essener Sportbund (ESPO) mit seinen Sportvereinen stärken. Schul-Turnhallen, sofern sie nicht von Sportvereinen genutzt werden, und Schulhöfe sollen außerhalb der Schulnutzung für kostenfreie sportliche Aktivitäten geöffnet werden. Wir wollen mehr Transparenz bei der Belegung über ein Internetportal nach Hamburger Vorbild, worüber alle Nutzungszeiten für alle abrufbar sind.

Das Projekt „Open Sunday“ der Universität Duisburg-Essen, bei dem Sporthallen und Schulhöfe an Grundschulen an Sonntagen für ein offenes und inklusives Bewegungsangebot für alle Kinder der 1. bis 6. Klasse genutzt werden, findet unsere volle Unterstützung und sollte in Zusammenarbeit mit Essener Sportvereinen flächendeckend ausgeweitet werden.

Aufbauend auf den Erfahrungen des „Masterplans Sport“ wollen wir die demografischen und sozialpolitischen Herausforderungen besonders angehen: Stadtteile und Vereine mit einem höheren Anteil an Kindern und Jugendlichen oder mit sozial- und integrationspolitischen Herausforderungen sind bei der Zuteilung und Gestaltung von Sportflächen und -angeboten verstärkt zu berücksichtigen. Besondere Anstrengungen der Nachwuchs- und Integrationsarbeit wollen wir besonders honorieren.

Gerade in einer alternden Gesellschaft benötigen wir altersgerechte Sportinfrastrukturen und -angebote. Geschlechtergerechtigkeit ist für uns auch in der Sportpolitik selbstverständliches Ziel. Das Alleinstellungsmerkmal der von ESPO mit seinen Vereinen betriebenen Essener Sport- und Gesundheitszentren gilt es auszubauen und weiter zu qualifizieren. Hochpreisige Wellnesstempel können sich nur wenige Menschen leisten. Daher sollte in Zusammenarbeit mit ESPO, der Hochschule und Wissenschaft ein Angebot ausgebaut werden, das sich vor allem auch an Familien mit Kindern wendet, Betreuungsangebote beinhaltet sowie eigene Betätigungsfelder für Kinder bietet. Gerade ältere Frauen und junge Familien sind auf stadtteilnahe und passgenaue Angebote angewiesen.

Wir wollen, dass neben klassischen Sportvereinsangeboten auch niedrigschwellige Angebote für gemeinschaftliche Sport- und Gesundheitsräume angeboten, ausgebaut und fachlich profiliert werden. Wir unterstützen Projekte, die mit fundierter Beratung und begleitenden Integrationsmaßnahmen Sportangebote für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vorhalten und Migrant*innen zu Übungsleiter*innen qualifizieren. Hier sollte die Stadt den Bildungsträger ESPO mit seinem Bildungswerk unterstützen, um die Schulung und Qualifizierung von Menschen innerhalb und außerhalb von Vereinen zu forcieren, die sich in der Trainings- und Betreuungsarbeit in besonders herausfordernden Bereichen engagieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass Sportstätten und Bewegungsräume von Anfang an bei der Stadtplanung mitgedacht werden. Im Rahmen der Sportentwicklung wollen wir die bedarfsgerechte Entwicklung der Sportinfrastruktur fortschreiben und so die Grundlage für zukunftsfähige Entscheidungen mit klaren und transparenten Prioritäten schaffen. Auch die Schulentwicklungs- sowie die Jugend- und Freiraumplanung wollen wir enger mit der Sportinfrastrukturentwicklung verzahnen. Barrierefreiheit soll der neue Standard sein, um Teilhabe aller zu ermöglichen.

Sportentwicklung muss sich um die Unterstützung von Menschen kümmern, die die Sportangebote oft erst ermöglichen. Gendergerechtigkeit, Unterstützung bei Gewaltvorfällen, bei der Selbstverwaltung im Rahmen einer eigenverantwortlichen Nutzung

und der Untersuchung von milieuspezifischen Bewegungsmustern sind dabei besonders wichtig.

Eine dafür bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Sport- und Bäderbetriebe muss mit klaren konzeptionellen Vorgaben versehen sein. So wollen wir die Sport- und Bewegungsräume unter ökologischen und familienfreundlichen Gesichtspunkten weiter modernisieren. Neben der Einsparung von Energie und Ressourcen entlasten niedrige Betriebskosten Umwelt und Sportvereine.

Wir wollen, dass alle Essener Kinder spätestens zum Ende der Grundschulzeit sicher schwimmen können. Dazu brauchen wir mit dem Sportdachverband und den Vereinen andere Modelle und neue Formen der Zusammenarbeit wie sie bereits in anderen Städten existieren. Der Bedarf an Wasserflächen in Essen ist auf Grundlage des umfangreichen Bädergutachtens zu aktualisieren und künftig regelmäßig fortzuschreiben. Die Essener Freibäder müssen auch außerhalb der Sommerferien durchgängig am Tage geöffnet sein.

Das Grugabad wollen wir als schönstes Freibad des Ruhrgebiets zügig sanieren und angesichts seiner zentralen Lage und des hohen Bedarfs an Schwimmbadflächen noch attraktiver gestalten. Hierfür wollen wir einen Schwimmbeckenbereich zu einem Ganzjahres- bzw. Hallenbad umbauen. Bei der Modernisierung ist eine ökologisch vorbildliche und städtebaulich ansprechende Lösung zu verwirklichen, unter Beibehaltung der vorhandenen Wasserfläche und unter Wahrung des Denkmalschutzes.

Sportvereine und die Sportselbstverwaltung sind ein wichtiges Fundament der Stadtgesellschaft. Die Anerkennungskultur für das ehrenamtliche Engagement in Sportvereinen muss weiter hervorgehoben und aktiv unterstützt werden. Besonders wichtig ist uns dabei Nachwuchsförderung, um Kindern und Jugendlichen Bewegungsmöglichkeiten zu bieten, ihnen aber auch die besondere soziale Funktion des Vereinssports gegenüber individuellen oder kommerziellen Angeboten zu zeigen.

Auch viele kleine Initiativen, die selbstorganisiert Sportaktivitäten anbieten, wie z.B. Lauftreffs, verdienen eine Förderung und Wertschätzung. Viele Menschen wollen sich ohne Vereinsbindung bewegen. Deshalb wollen wir mehr kostenlose, frei zugängliche Sport- und Freizeitflächen an attraktiven und offen zugänglichen Räumen. Die Schillerwiese wollen wir als wichtige Jedermann-Sportanlage für vielfältige selbständige Sportaktivitäten erhalten. Wir wollen weitere Dirtbike- und Mountainbike-Strecken außerhalb von Naturschutzgebieten ausweisen. Auch das wachsende eSport-Angebot verdient mehr Aufmerksamkeit durch die Kommunalpolitik, da sich hier eine neue Sportdisziplin entwickelt hat, die andere Fähigkeiten bedarf und fördert, als in bisher vertrauten Sportbereichen.

Kultur besser fördern für Kreativität und Zusammenhalt

Für uns ist Kultur ein wesentlicher Faktor für Persönlichkeitsentwicklung und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie ist so verstanden in unserer Stadt ein wichtiger Faktor für die Bildung, die Lebensqualität, die Wirtschaft und eine sich kritisch reflektierende Stadtentwicklung.

Kultureinrichtungen sind von zentraler Bedeutung für das Verständnis der kulturellen Vielfalt in unserer Stadt. Traditionsreiche Institutionen wie die Volkshochschule mit ihren vielfältigen Angeboten zur kulturellen Bildung und die Folkwang Universität der Künste brauchen dafür auch künftig genügend Freiraum, um sich weiterentwickeln zu können. Essener Kultureinrichtungen prägen das Image unserer Stadt und sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Folkwang-Museum, Ruhr-Museum, Alte Synagoge, Zeche Zollverein, „Theater und Phil-harmonie Essen“ mit ihren fünf Sparten, Zeche Carl, Villa Hügel und die vielfältige Landschaft der freien Kunst- und Kulturszene sind jedes Jahr für hunderttausende Menschen aus In- und Ausland Anlass für einen Besuch unserer Stadt. Wir machen uns weiter stark für eine auskömmliche Finanzierung sowohl der institutionellen als auch freien Kulturszene.

Auch die großen, öffentlichen Institutionen, wie die „Theater und Philharmonie Essen“, leisten wichtige Beiträge im Bereich der kulturellen Teilhabe. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Bereich weiter ausgebaut wird, z.B. durch stadtteilübergreifende Projekte und Kooperationen mit sozialen Initiativen. Wir möchten, dass Kultur für alle Menschen erlebbar wird, unabhängig davon, wo sie leben und welchen sozialen Hintergrund sie haben. Dabei sollen die Institutionen durch geeignete Formate und Kooperationen (Stadtteilkonzerte, Opernbus) aktiv auf Menschen zugehen, die mit Kultur wenig in Berührung kommen oder in benachteiligten Stadtteilen leben.

Wir haben von Anfang an das Kulturviertel City Nord unterstützt, das zu einem wichtigen Motor für die Belebung und Modernisierung der nördlichen Innenstadt geworden ist. Das sichtbare Zusammenspiel von Kunst und Kreativität mit Alltag, Leben und Wohnen, ließ etliche Akteur*innen aus der Kunst und der Kreativwirtschaft die City Nord für sich entdecken. Die City Nord ist Bestandteil eines internationalen Netzwerkes von Kreativquartieren. Diese Entwicklung ist nicht nur privatem Engagement (Unperfekthaus, GenerationenKult-Haus, Kreuzeskirche u.a.), sondern auch der Stadtverwaltung zu verdanken, die durch die Anmietung leerstehender Immobilien an der Schützenbahn und in der Viehofer Straße die Ansiedlung von zahlreichen Kreativen ermöglicht hat. Diese besondere Form der Förderung der Kunstszene wollen wir verstetigen und ausbauen.

Kultur ist auch die individuelle Kraft, die aus verschiedenen Quartieren Besonderheiten hervorbringt und diese einzigartig macht. Darum wollen wir auch weiter soziokulturelle Zentren wie die Zeche Carl in Altenessen, das Grend in Steele, die Studiobühne in

Kray, den Frohnhausener Kulturkeller, das Katakombentheater in Rüttenscheid oder das Storp 9 im Südostviertel unterstützen. Diese und weitere Kultureinrichtungen sind von gesamtstädtischer Bedeutung im kulturellen Leben und bieten mit stadtteilorientierten Kulturangeboten gerade jungen Generationen Gestaltungsmöglichkeiten.

Musik ist ein wichtiges Ausdrucksmittel des Menschen und fester Bestandteil von Kultur. Gemeinsames Singen und Musizieren lässt Menschen partnerschaftlich miteinander kooperieren und fördert zugleich das gegenseitige und respektvolle Zuhören. Musikalische Bildungsprozesse finden an verschiedenen Orten statt. Wir brauchen neben der Hochkultur auch Räume für die Freie Musikszene und den offenen Zugang zu musikalischer Bildung, wie ihn z.B. das Übehaus in Kray anbietet.

Die Stadt Essen hat eine kulturell wie historisch bedeutsame Kinolandschaft. Sie ist Imageträger der Stadt als Medienstandort, steigert den Freizeitwert und belebt die urbanen Räume in den Abendstunden. Mit einem bundesweit mehrfach ausgezeichneten Programm ist diese Kinolandschaft auch zu einem Bildungsträger für Jung und Alt geworden. Angesichts der Medienflut können junge Menschen hier gute mediale Erfahrungen sammeln und Urteilsfähigkeit entwickeln. Hier wollen wir ansetzen und medienpädagogische Ansätze unterstützen.

Die Haupt- und Stadtteilbibliotheken sind Orte, an denen Medien ausgeliehen werden – aber nicht nur. Wir unterstützen eine Weiterentwicklung der Bibliothek in Richtung Lern- und Begegnungsort, bei der die Nutzer*innen im Mittelpunkt stehen, nicht die Medien. Unter anderem sind verlängerte Öffnungszeiten, wie die kundenfreundliche Sonntagsöffnung, anzustreben.

Die Kulturlandschaft unserer Stadt Essen ist durch Vielfalt gekennzeichnet. Der künstlerische und kulturelle Dialog ist ein wesentliches Kriterium für das Zusammenleben. Für Integrationsprozesse bildet die Kultur einen Schlüssel für den Austausch der Essener Bürger*innen untereinander. Wir sehen die Vorteile und Chancen einer von Migration geprägten Stadtgesellschaft. Insbesondere die kulturelle Vielfalt profitiert von dieser stetigen Bewegung und Entwicklung. Uns ist wichtig, diese Entwicklung verstärkt zu fördern. Essener Kulturinstitutionen können mit ihren Programmen und ihrem Personal die kulturelle Diversität erfahrbar machen. Ebenso werden unbürokratische Förderangebote für die freie Kunst- und Kulturszene benötigt, um Kunst- und Kulturprojekte gesamtstädtisch in ihrer Sichtbarkeit und Erreichbarkeit zu unterstützen.

Kultur endet nicht an der Stadtgrenze. Wir GRÜNE schätzen die Vorteile und das Potential einer wachsenden Kulturlandschaft Ruhr. Kulturprojekte müssen daher verstärkt in regionaler Verantwortung gedacht und durchgeführt werden. Wir benötigen zielgerichtete Kooperationen mit Kultureinrichtungen unserer Nachbarkommunen. Die Städte sollten dabei eigene Profile entwickeln und gemeinsame Handlungsspielräume überlassen können.

3. Essen sozial

In Essen leben vielfältige Menschen friedlich miteinander. Um ein gutes Zusammenleben, eine Kultur des Verstehens und der Akzeptanz zu fördern, wollen wir eine eng vernetzte Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Integrationspolitik ermöglichen. Die ganze Stadtverwaltung muss zusammenwirken, um Armut vorzubeugen und abzubauen. Von Bildung über Gesundheit bis zur Stadtentwicklung reichen die Instrumente gegen Armut und für Selbstbestimmung. Wir wollen Essen zu einer inklusiven, barrierefreien Stadt umgestalten, die allen Menschen Teilhabe garantiert – ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung, zugewandert oder hier aufgewachsen.

Essen ist in Arm und Reich gespalten, die Armutsquote liegt bei etwa 23% – diese wollen wir senken. Denn wo Armut herrscht, droht sie zu verfestigen. Die Stadt ist nach wie vor in einen „armen Norden" und einen „reichen Süden" geteilt. Kinderarmut wollen wir entschieden bekämpfen. Jedes dritte Kind in Essen ist von Armut betroffen. Den stetigen Verlust an Sozialwohnungen wollen wir stoppen. In der Arbeitsmarktpolitik wollen wir statt auf Sanktionen mehr auf Aus- und Weiterbildung setzen und Kinderbetreuung ausbauen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beugt Armut vor. Weniger Eltern sollen auf einen Kita-Platz warten müssen, Frauen den beruflichen Wiedereinstieg zügiger schaffen. Gesundheitsversorgung durch Ärzt*innen und Einrichtungen wollen wir gerade in benachteiligten Stadtteilen stärken. Für mehr als 20.000 seit 2015 Geflüchtete ist Essen zur neuen Heimat geworden. Wir fördern ihre Integration in Quartiere, Bildung und Jobs.

Wohnen bezahlbar machen – allen ein gutes Zuhause

Gute Wohnungspolitik schafft Anreize, damit Investoren im Essener Süden Sozialwohnungen bauen. Wir setzen uns für eine verbindliche Quote von 30% für den sozial geförderten Wohnungsbau bei Neubauten ein. Diese dürfen nicht abgegrenzt zu den frei finanzierten Wohnungen entstehen. Nur ein integrativer Sozialwohnungsbau verbindet Menschen verschiedener sozialer Schichten.

Sozialwohnungsbau allein kann den Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen jedoch nicht lösen. Die Sozialmieten von Neubauten sind oft höher als die anerkannten Kosten der Unterkunft gemäß Sozialgesetzbuch. Das sogenannte „Dortmunder Modell" bietet eine Lösung: Mieten für öffentlich geförderten Wohnraum werden generell als „angemessen" anerkannt. Mit einem „Klimabonus" lässt sich zudem verhindern, dass Mieter*innen gezwungen werden, aus energetisch sanierten Mietwohnungen auszuziehen, nur weil deren Kaltmiete ohne Nebenkosten höher ist. Das Abschalten des Stroms bei Bezieher*innen von Sozialleistungen muss die Ultima Ratio sein.

Wohnungslosigkeit ist ein sozialer Härtefall, der auch in Essen immer sichtbarer wird. Wir wollen mehr Streetworking, um Obdachlose in die Hilfsangebote der Stadt zu vermitteln. Die Träger der Sozialberatungsstellen und der Drogenhilfe wollen wir ausreichend finanzieren. Wir wollen Wohnungs- und Obdachlosigkeit wirksam bekämpfen statt Wohnungslose zu vertreiben. Das gängige Hilfs- und Stufensystem – mit einem Aufstieg von Notunterkunft, über betreute Wohngruppen, Übergangswohnen, bis Vermittlung in Finalwohnung – wollen wir um den Ansatz „Housing First" ergänzen: Hierbei werden Wohnungs- und Obdachlose mit komplexen Erkrankungen in normalen Wohnraum mit intensiver aufsuchender gesundheitlicher Hilfestellung vermittelt – mit großen Erfolgen.

Bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen

Alle Kinder und Jugendliche müssen Zugang zu den Angeboten von Sportvereinen und Musikschulen haben – unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Dafür braucht es keine komplizierten und bürokratischen Bildungs- und Teilhabepakete, sondern eine zielführende Zusammenarbeit von (Ganztags-)Schulen mit Sportvereinen und Musikschulen. Um die Abrechnung der BuT-Leistungen so unbürokratisch wie möglich zu gestalten und den Zugang für Berechtigte zu erleichtern, wollen wir auch in Essen die in vielen Kommunen bereits erfolgreich eingesetzte Bildungskarte einführen. Mit ihren Angeboten werden innerhalb der Schulzeit die Bewegung der Schüler*innen und die musischen Fähigkeiten gefördert. Auch damit wird ein Grundstein gelegt für die Entwicklung unserer Kinder zu selbstbewussten, starken Persönlichkeiten. In Stadtteilen mit vielen zugewanderten Kindern braucht es eine hochwertige umfassende Sprachförderung.

Ein tägliches Frühstück und warmes Mittagessen ist eine aktive Gesundheits- und Entwicklungsförderung, gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen. Kooperationen und Patenschaften im Freizeit- und Bildungsbereich zwischen dem Essener Norden und dem Süden bauen Barrieren und Vorurteile ab. Stadtteilübergreifende Projekte und Treffen von Jugendlichen, Interessengruppen und Vereinen müssen geschaffen bzw. ausgebaut werden.

Arbeitslosigkeit verringern – Teilhabe schaffen

Voraussetzung für ein Leben ohne Armutsgefährdung und frei von staatlichen Hilfen ist eine sichere Arbeitsstelle mit einer angemessenen existenzsichernden Entlohnung. Zu viele Menschen haben dauerhaft kaum Chancen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Wir stehen dafür, dass diese Menschen unterstützt und nicht gegängelt werden. Die wirksamen Programme zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt sind mit Hilfe von Europa- und Bundesmitteln fortzuführen. Diese müssen noch besser an die individuellen Bedürfnisse der Arbeitssuchenden angepasst werden. Dazu gehören flexible Arbeitszeitmodelle, jobbegleitende Unterstützungen sowie eine passgenaue und flexible Kinderbetreuung. Weiterbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sollen im Einvernehmen mit den Langzeitarbeitslosen vereinbart werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass Menschen des gesetzlich garantierten Existenzminimums nicht einfach beraubt werden dürfen. In Essen müssen Kriterien für die Ermessensentscheidung festgeschrieben werden, damit Sanktionen nicht einzelnen Mitarbeiter*innen des Job-Centers unterliegen.

Wir brauchen mehr geeignete Stellen für Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt. Eine stärkere Zusammenarbeit der städtischen Beteiligungsgesellschaften mit Einrichtungen der Behindertenhilfe und den Werkstätten ist die Voraussetzung, um mehr Menschen mit Behinderung in die Erwerbsarbeit zu integrieren. Ein alle zwei Jahre ausgelobter „Inklusionspreis" für Arbeitgeber*innen kann deren Einsatz stärken, Menschen mit Behinderung echte Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bieten.

Eine grundständige Ausbildung schützt Jugendliche wirksam vor Arbeitslosigkeit. Leider finden immer noch viele Jugendliche trotz freier Ausbildungsplätze keine Stelle. Anstatt sie in Maßnahmen zu parken, sollte der Essener Ausbildungskonsens belebt werden. Initiativen, die Jugendliche in Ausbildung oder Studium begleiten, wollen wir stärker fördern.

Geringqualifizierte sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Weiterbildungen mit einem Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf sind der Schlüssel, um Arbeitssuchende nachhaltig in Beschäftigung zu bringen und das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern. Angebote an Teilzeitausbildungen für Alleinerziehende müssen mit Kinderbetreuung einhergehen. Wir wollen ein Sonderprogramm „Sozialer Arbeitsmarkt", das nachhaltige Arbeitsgelegenheiten schafft. Stadtteilbezogene Angebote für arbeitslose Menschen in der Gemeinwesen-Arbeit können Wege eröffnen. Ohne gute Deutschkenntnisse haben neu zugewanderte Menschen wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Darum wollen wir das Angebot an Sprachkursen (ab B1 bis C1) ausbauen. Begleitende Kinderbetreuung stellt sicher, dass Eltern und Alleinerziehende mit kleinen Kindern teilnehmen und profitieren können.

Für eine Sozialpolitik, die Kinderarmut vorbeugt

Um Kinderarmut zu bekämpfen, wollen wir im Bund eine Kindergrundsicherung einführen. Denn jedes Kind ist uns gleich viel wert. Vor Ort beugt vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Armut wirksam vor. Diese muss auch Alleinerziehenden möglich sein. Darum braucht es eine verlässliche, bedarfsgerechte und flexible Kinderbetreuung, auch fernab des 8-16-Uhr-Schemas mit kurzen Wartezeiten auf einen Platz. Auch die Betreuung in Randzeiten, also vor Öffnung und nach Schließung der Kita, muss infolge flexiblerer Arbeitszeiten sichergestellt werden. Wir wollen um Kita-Träger, die in Essen

eine Einrichtung eröffnen möchten, offensiver werben. Genehmigungsverfahren gilt es zu beschleunigen, Elterninitiativen zu unterstützen. Um dem steigenden Fachkräftebedarf nachzukommen, braucht es mehr Ausbildungsplätze für Erzieher*innen. Mit dem Programm „Starke Quartiere – starke Menschen“ wollen wir in benachteiligten Vierteln den Ausbau von Kitas, Familienzentren, sozialen Beratungsstellen und Hilfsangeboten gezielt fördern.

Gesundheits- und Pflegepolitik menschlicher gestalten

Alle Menschen haben das Recht, gut versorgt zu werden, wenn sie krank sind. Das darf nicht abhängen von Stadtteil, Alter, Einkommen, Geschlecht, Herkunft oder Behinderung. Auch in Essen ist eine Zwei-Klassen-Medizin spürbar. Gesetzlich Versicherte bekommen später einen Termin bei Fachärzt*innen als Privatversicherte. In einigen Quartieren, vor allem im Norden, gibt es zu wenige Fach- und Kinderärzt*innen.

Wir wollen, dass Haus- und Kinderärzt*innen überall gut erreichbar sind. Auch die optimale Betreuung von Schwangeren und Eltern nach der Geburt muss stadtweit garantiert sein. Wir unterstützen die Gründung integrierter Gesundheitszentren, damit verschiedene medizinische, präventive und pflegerische Angebote unter einem Dach zusammenwirken. So kann gerade in benachteiligten Quartieren die Versorgung verbessert werden. Eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung in allen Stadtteilen ist kultursensibel. Dafür soll das Jobcenter die Ausbildung von professionellen Sprach-, Integrations- und Kulturmittler*innen fördern, wie es in umliegenden Städten längst üblich ist. Die Kooperation und Vernetzung ambulanter Einrichtungen und Krankenhäuser wollen wir stärken und die Versorgungsqualität verbessern. Wir wollen eine qualitativ hochwertige, stadtteilbezogene Versorgung. Die Zusammenarbeit von Pflegekräften, Therapeut*innen, Ärzt*innen und Krankenhäusern muss auf Augenhöhe stattfinden. Die Patient*innen gehören ins Zentrum der gesundheitlichen Versorgung.

In der Pflegepolitik stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt. Menschen, die auf Pflege oder Unterstützung angewiesen sind, sollen so lange wie möglich selbstbestimmt und gut versorgt in ihrem liebgewonnenen Quartier leben können, ohne in ein Heim umziehen zu müssen. Wir leben in einer Zeit, in der immer mehr Menschen allein leben. Um der Vereinsamung vorzubeugen, möchten wir – ähnlich wie der gut angenommene Babybesuchsdienst – einen Seniorenbesuchsdienst einführen, bei dem alle Menschen ab 70 Jahren von Mitarbeiter*innen der Sozialverwaltung besucht und mit Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten aller Art versorgt werden. Auch Essener*innen mit Migrationshintergrund müssen gezielter adressiert werden. Diejenigen, die Angehörige oder Nahestehende pflegen, wollen wir entlasten. Wer in Pflege- und Gesundheitsfachberufen arbeitet, verdient mehr Anerkennung, Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Angebote an Kurzzeit- und Tagespflege und die stationären Einrichtungen müssen sich am Bedarf ausrichten. Wir wollen, dass die „Konferenz Pflege und Alter“ neu zusammengesetzt wird, so dass alle demokratischen Ratsfraktionen dort vertreten sind. Um eine verbindliche und kultursensible Pflegeplanung erstmals vorzunehmen, müssen Personalressourcen geschaffen werden.

Quartiere wollen wir in der Sozialraumplanung als Lebensmittelpunkt aller Menschen stärken. Nötig sind deshalb barrierefreie öffentliche Gebäude, die Einführung der „leichten Sprache“ in Behörden und auf den Webseiten der Stadt, Aktualisierung und Erweiterung des barrierefreien Innenstadtplanes (auch als App), ein Störungsmelder von Fahrstühlen und Rolltreppen im Nahverkehr, die Zertifizierung von Gebäuden und Orten nach Arten der Barrierefreiheit sowie die systematische Bedarfsermittlung von Wohnraum für Menschen mit Behinderung.

Die flächendeckende Einführung von Stadtteil-Ansprechpartner*innen für Menschen mit besonderen Herausforderungen ist uns ein zentrales Anliegen. Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege sind hierfür unverzichtbare Partner.

4. Essen ökologisch

Natur- und Artenschutz müssen einen höheren Stellenwert in Politik und Verwaltung erfahren, damit Essen seinem Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ gerecht wird. Das Umweltamt sowie „Grün und Gruga“ benötigen dafür eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung. Die Stadt braucht eine bessere Klima- und Umweltschutzpolitik und eine überzeugende Klima-Anpassungsstrategie.

Zu einem gesundem Stadtklima trägt mehr Grün in Form von Fassaden- und Dachbegrünung, Parks, Wiesen, Straßenbäumen, Kleingärten und Urban-Gardening-Flächen bei. Frisch- und Kaltluft-Schneisen garantieren eine bessere Durchlüftung der Stadt. Abfälle zu vermeiden und zu recyceln wird zu einer immer wichtigeren kommunalen Aufgabe. Hier wollen wir alle kommunalen Chancen und Möglichkeiten vor Ort nutzen.

Die Folgen des Klimawandels sind bereits heute in Essen zu spüren. Starkregen mit Überschwemmungen werden häufiger. Dürre und Hitzewellen sind ein echtes Gesundheitsrisiko vor allem für kleine Kinder und ältere Menschen. Bäume verdursten, Ernten werden erheblich beeinträchtigt.

Mehr Grün für unsere Stadt

Wir wollen mehr investieren, um bestehende Grünflächen und Parks zu pflegen und zu erneuern. Öffentliche Grünflächen sollen in insektenfreundliche Blumenwiesen verwandelt werden. Das Konzept der nachhaltigen Staudenpflanzungen längs von Straßen im Zuge der Grünen Hauptstadt soll ausgeweitet und dauerhaft finanziert werden. Die Internationale Gartenausstellung (IGA) 2027 in der Metropole Ruhr wollen wir als große Chance zur Aufwertung grüner Infrastrukturen in Essen nutzen.

Stadtbäume bieten Lebensqualität für Menschen und Lebensraum für Tiere, filtern die Luft, dämpfen Lärm und spenden Schatten sowie Feuchtigkeit. Nicht zuletzt wirken sie auch identitätsstiftend. Altbäume mit besonderer Klimaleistung wollen wir schützen. Auf bislang asphaltierten Flächen wollen wir deutlich mehr Stadtbäume pflanzen. Eine Alternative sind Pflanzkübel mit Stauden, Sträuchern und Bäumen, um Plätze und Straßen zu begrünen. Die Baumschutzsatzung muss ausgeweitet und an die Erfordernisse eines verbesserten Baumschutzes angepasst werden. Um den Baumbestand zu sichern, bedarf es eines öffentlich einsehbaren Baumkatasters. Darin sollten alle städtischen Bäume außerhalb des Waldes in Essen erfasst werden.

Fassaden-, Dach- und Innenhof-Begrünung binden Feinstaub, verbessern das Kleinklima und dienen der Artenvielfalt. Außerdem schützen sie bei Starkregen vor Überschwemmungen. Wir wollen privates Engagement für mehr Grün in der Stadt, auf dem Dach, an Fassaden und in Hinterhöfen finanziell stärker unterstützen. In besonders dicht bebauten Stadtteilen soll die Stadt Essen aktiv auf Eigentümer*innen geeigneter

Objekte zugehen, um sie bei der Umsetzung zu beraten. Bei städtischen Immobilien werden Begrünungen geprüft und alle Potenziale genutzt. Auch Straßenbahn- und Bushaltestellen eignen sich für eine Bepflanzung. Künftige Bebauungspläne müssen verbindlich vorgeben, Dächer zu begrünen. Um Steinwüsten und Schottergärten im Stadtbild zurückzudrängen, wollen wir bei Neubauprojekten eine grüne, naturnahe oder gärtnerische Gestaltung von (Vor-)Gärten in einer Freiflächengestaltungssatzung festschreiben. Ein Rückbau bereits vorhandener Schottergärten soll mit Beratungspersonal und -mitteln unterstützt werden.

Essener Kleingärten müssen erhalten und neue geschaffen werden. Urban Gardening-Projekte, interkulturelle Gärten sowie Naturerfahrungsangebote für Schulen und Kindergärten erfahren unseren vollen Rückhalt. Bürger*innen, die mit viel Engagement Baumscheiben pflegen und im Sommer die Bäume gießen, sollen wertgeschätzt und unterstützt werden. Auch Vereine und Verbände, die sich um Umwelt und Naturschutz kümmern, wollen wir stärker unterstützen.

Wir setzen bei der Stadtbegrünung auf Nutzpflanzen. Unser Ziel ist, die „essbare Stadt“ zu entwickeln und dafür geeignete Flächen auch auf Dächern und an Wänden auszuweisen. In der Stadt sollen bevorzugt auch Obst- und Nussbäume gepflanzt werden.

Artenschutz ernstnehmen – Biodiversität schützen

Auf Initiative der GRÜNEN hat der Rat beschlossen, einen Aktionsplan für Insekten- und Vogelschutz zu erstellen. Damit dieser und auch weitere ökologische Verbesserungen verwirklicht werden können, müssen die notwendigen Personal- und Finanzmittel bereitgestellt werden. Die Stadtverwaltung soll mit öffentlichen und privaten Partnern wie Wohnungsbauunternehmen, Gewerbeunternehmen, Landwirten, Waldbesitzer*innen, Umweltverbänden, Kleingartenvereinen ein „Bündnis für Essens Grün“ schließen. So lassen sich der Naturwert und die Artenvielfalt in der Stadt steigern.

Bei städtebaulichen Wettbewerben sollen künftig Berater*innen für Artenschutz für eine umwelt- und artengerechte Neugestaltung von städtischen Flächen sorgen. Bei städtischen Bauten sollen die Bedürfnisse von Vögeln und Fledermäusen, die in und an Gebäuden leben, berücksichtigt werden. Vogelschutzmaßnahmen bei Glasfassaden müssen verpflichtend werden. Insektenhotels zu bauen und aufzustellen wollen wir bewerben, um das Überleben von Wildbienen in der Stadt zu sichern.

Essen braucht ein ökologisches Beleuchtungskonzept. Davon profitieren das Klima, die Natur und der städtische Haushalt. Die Straßenbeleuchtung ist mit insektenfreundlichen LED auszustatten. Bei künftigen Ausschreibungen ist das Beleuchtungskonzept zu berücksichtigen. Neue Straßenbahnlinien sollen von vornherein mit einem grünen Gleiskörper geplant und gebaut werden. Straßenbahntrassen, die saniert werden, sollen ebenfalls begrünt werden.

Der neue Landschaftsplan bietet die einmalige Chance, eine Biodiversitätsstrategie für das gesamte Stadtgebiet zu entwickeln. Die Artenvielfalt kann so gezielt geschützt werden, indem weitere Schutzflächen ausgewiesen und beispielsweise Biotope vernetzt werden.

Landwirtschaft: regional, ökologisch und artgerecht

Wir setzen uns dafür ein, Lebensmittel regional, naturnah, ökologisch und artgerecht zu erzeugen. Daher dürfen wir Äcker und Wiesen nicht leichtfertig zugunsten von Bauprojekten verlieren. Wir verteidigen die Landwirtschaft und mit ihr die Wochenmärkte mit Obst, Gemüse und anderen Produkten aus der Region. Neue Pächter landwirtschaftlich genutzter städtischer Flächen sollen verpflichtet werden, pestizidfrei zu arbeiten. Essen soll dem Netzwerk der „Bio-Städte“ beitreten. Um diesem Label gerecht zu werden, muss ein höherer Anteil ökologisch erzeugter und fair gehandelter Produkte in städtischen Kantinen angeboten und bei der öffentlichen Beschaffung erreicht werden.

Den Klimaretter Wald schützen

Essens Waldflächen sind wertvolle Lebens- und Erholungsräume, Klimaretter und Rohstoffquelle. Bäume mit ihrer Klimaleistung sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur CO2-Neutralität. Die große Trockenheit der letzten Jahre hat drastisch verdeutlicht, wie sehr die Klimaveränderungen die Wälder und die Forstwirtschaft herausfordern. Es braucht dringend ein umfassendes Konzept für artenreiche, klimastabile und naturnahe Wälder in Essen.

Die wirtschaftliche Waldnutzung wollen wir zurückfahren und den Naturschutz in der Waldbewirtschaftung intensivieren. Dafür wollen wir mehr Waldflächen nicht länger bewirtschaften, um so etwa alte Bäume stärker zu schonen.

Abfallvermeidung, Recycling und Zero Waste

Essen hat einen großen Nachholbedarf bei Abfallvermeidung und ökologischer Abfallverwertung. Die Menge an angesammeltem Bioabfall, Papier, Altglas und Verpackungen liegt klar unter dem Landesschnitt. Das Abfallwirtschaftskonzept von 2014 muss mit ehrgeizigen Zielen fortgeschrieben werden. Anstatt Bioabfälle wie bisher nur zu kompostieren, soll künftig ein Teil vergärt und als Biogas genutzt werden. Auf diese Weise wird der Ausstoß klimaschädlicher Gase verringert. Kompost soll an Bürger*innen abgegeben werden können. Die Biotonne muss in Essen flächendeckend mit Vollservice eingeführt werden. Wir setzen uns für mehr Recyclinghöfe und -stationen ein. Erfassungs- und Entsorgungsstrukturen von Elektro- und Elektronikgeräten müssen deutlich verbessert werden. Gemischte Abfälle sollen vor der Verbrennung in der Müllverbrennungsanlage besser vorsortiert werden.

Bau- und Abbruchabfälle haben das größte Volumen in der Abfallwirtschaft. Die Stadt muss bei ihren eigenen Bauvorhaben Bauabfälle wiederverwerten und bei jedem Bauantrag einen Leitfaden für den Einsatz von Recycling-Baustoffen beifügen. Das Umweltamt benötigt eine personelle Verstärkung in der Abfallberatung. Das Abfallmanagement bei Großveranstaltungen gehört deutlich verbessert, etwa durch das durchgängige Angebot von Mehrweg statt Einweg. Wir wollen, dass die Essener*innen zukünftig an Schulen und im öffentlichen Raum Trinkwasser an Wasserspendern und Trinkbrunnen bekommen, um dort ihre Trinkflaschen immer wieder nachfüllen zu können.

Gemeinschaftlicher Konsum, Tauschbörsen sowie Reparatur- und Upcycling-Initiativen sparen wertvolle Ressourcen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung Sharing-Initiativen, Repair-Cafés und gemeinnützige Flohmarkt-Initiativen berät und unterstützt. Das nachhaltige Angebot für Essen soll durch neue Formate wie ein „Regional-Festival“ gefördert werden.

Mit Wasser sorgsamer umgehen

Durch das erfolgreiche Programm „Neue Wege zum Wasser“ konnten bereits mehr als 500 Initiativen und Aktionen u.a. zur Gewässerentwicklung, Regenwasserabkopplung, zum Neu- und Umbau von Grünflächen oder zum Ausbau und zur Erneuerung von Geh- und Radwegen verwirklicht werden. Diesen Erfolg wollen wir ausbauen. Eine auch klimatisch wichtige Vernetzung der Grün- und Freiräume erfolgt durch den milliardenschweren Emscher-Umbau. In der Zukunftsinitiative „Wasser in der Stadt von morgen“ sehen wir einen vorbildlichen Ansatz für eine enge Zusammenarbeit von Wasserwirtschaft und Stadtplanung. Um den Verbrauch von kostbarem Trinkwasser zu verringern, wollen wir das Bewusstsein für das Sparen von Wasser steigern und dieses attraktiver machen. Eine intensivere Nutzung von Regenwasser ist eine sinnvolle Alternative bei der Bewässerung von Grünflächen, Gärten und Balkonen.

Tiere besser schützen

Wir setzen uns dafür ein, das Essener Tierschutzheim zu erweitern und finanziell stärker zu fördern. Der Bestand an Stadttauben soll mit Hilfe betreuter Taubenschläge artgerecht begrenzt werden. Zirkusse, die in Essen gastieren, sollen wildtierfreie Shows zeigen. Ein ehrenamtliche*r Tierschutzbeauftragte*r muss benannt werden, welche*r städtische Entscheidungen und Planungen konsequent auf ihre Auswirkungen auf die Tierwelt überprüft.

Silvesterfeuerwerke produzieren jährlich mehr Müll. Tiere und Menschen leiden unter Lärm, Lichtverschmutzung und Abfall. Wir treten dafür ein, zu prüfen, wo Feuerwerke mit möglichst wenig negativen Folgen für Mensch und Tier stattfinden können.

5. Essen mobil

Wir stehen für eine konsequente Verkehrswende hin zu einer ökologisch, sozial gerechten und sicheren Mobilität ein. Mobilität neu zu denken und besser zu organisieren erhöht die Lebensqualität in Essen. Mobil geht auch ohne Automobil. Bürger*innen aller Stadtteile müssen die Möglichkeit haben, autofrei zu leben. Die Autostadt muss wieder zu einer Stadt der Menschen werden. Maßstab einer modernen Verkehrspolitik sind die Einwohner*innen und ihre Bedürfnisse. Wir wollen den vorhandenen Platz für die Infrastruktur, also für Schienen, Straßen, Geh- und Radwege gerecht und effizient verteilen. Darum ist der Beschluss des Rates und der Verwaltung der Stadt Essen umzusetzen, dass spätestens bis 2030 jeweils 25 Prozent aller Wege zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Personennahverkehr und dem Auto zurückgelegt werden.

Heute werden in Essen 55% aller Verkehrswege mit dem Auto bestritten, jeweils 19% zu Fuß oder mit Bus und Bahn, nur 7% mit dem Fahrrad. Die Straßen in Essen sind vom Auto- und Lastwagenverkehr überlastet. Gehwege und Fahrradstreifen sind zugeparkt. Der Flächenverbrauch für fahrenden und ruhenden Verkehr schränkt die Aufenthaltsqualität massiv ein. Um den angestrebten Modal Split von jeweils 25 % zu erreichen, muss der Anteil des Autoverkehrs gesenkt, Rad-, Fuß- und Nahverkehr hingegen deutlich gestärkt werden. Der Ausstoß von Schadstoffen und der Verkehrslärm überschreiten die Grenzwerte, belasten die Gesundheit der Bürger*innen. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss der Verkehrssektor seinen Beitrag leisten. Denn er verursacht 30% des Energieverbrauchs hierzulande. Vor Ort entscheidet sich aber, ob die nationalen und internationalen Klimaziele erreicht werden.

So geht Mobilität der Zukunft

Notwendig sind attraktive Alternativen zur Nutzung des eigenen Autos. Erstens ein stadtweites Nahverkehrsangebot, das Menschen aller Altersgruppen rund um die Uhr sicher und barrierefrei zum Arbeitsplatz, zum Wohnort sowie zu den Freizeit-, Einkaufs-, Kultur- und Gastronomie-Angeboten bringt. Zweitens ein sicheres, flächendeckendes und durchgängiges Radverkehrsnetz mit guten Abstellmöglichkeiten an sämtlichen öffentlichen Einrichtungen und Zielen. Drittens Gehwege und Plätze mit ausreichend und qualitativ hochwertigem Raum – zum Einkaufen, Spazieren, Verweilen. Mobilitäts-Stationen an Haltestellen ermöglichen den Umstieg aufs Leihfahrrad oder das Carsharing-Auto. Dank großzügiger Mitnahmeregelungen z.B. von Fahrrädern in Bussen und Bahnen sowie digitaler Verkehrs-Apps lassen sich die nachhaltigen Mobilitätsformen intelligent verknüpfen.

Um Fuß- und Radverkehr sowie öffentlichen Nahverkehr zu fördern, muss die Stadt deutlich mehr Geld und Personal in den Ausbau umweltfreundlicher Mobilität stecken.

Da viele Investitionen für ÖPNV und Radverkehr von Bund oder Land zu großen Teilen mit Zuschüssen gefördert werden, lässt sich mit vergleichsweise niedrigen städtischen Finanzmitteln ein Vielfaches erreichen.

Der Verkehrsraum muss in bestehenden Vierteln entsprechend dem angestrebten Modal Split von je 25% neu verteilt werden. Straßen zu neu entstehenden Quartieren müssen von außen nach innen geplant werden. Das heißt, der Verkehrsraum wird den jeweiligen Ansprüchen von Fußgänger-, Fahrrad-, Öffentlichem Nah- und Autoverkehr gemäß aufgeteilt. Wohnstraßen sind grundsätzlich als Shared Space zu gestalten: die Verkehrsteilnehmer*innen teilen sich in gegenseitiger Rücksichtnahme den Verkehrsraum. Stellplätze müssen mittels angemessener Bewohnerparkregelungen gemietet oder privat gebaut werden. Der öffentliche Raum gehört den Menschen, nicht parkenden Autos.

Verkehrssicherheit hat für uns höchste Priorität. Wir wollen die „Vision Zero" (null Verkehrstote) realisieren. Die Einhaltung von Geschwindigkeitsvorgaben muss stärker überwacht werden. Alle städtischen LKWs und Busse sind mit Abbiegeassistenten mit Notbremsfunktion auszustatten.

Mehr Freiraum für Fußgänger*innen

Obwohl jede*r Fußgänger*in ist, handelt es sich um die am meisten vernachlässigte Gruppe von Verkehrsteilnehmer*innen. Notwendig sind stadtweit sichere, vom Rad- und Autoverkehr getrennte, ausreichend breite Bürgersteige.

Ein gesamtstädtisches Beleuchtungskonzept ermöglicht es Fußgänger*innen, gefahrlos und angstfrei Haltestellen, Wohn- und Arbeitsorte sowie Einkaufsmöglichkeiten zu erreichen. Fußgänger*innen-freundliche Ampelschaltungen verkürzen Wartezeiten. An Ampeln, Zebrastreifen und anderen Überquerungen sind Bordsteine konsequent abzusenken. Menschen mit Einschränkungen, mit Rollatoren oder Kinderwagen sowie Rollstuhlfahrer*innen müssen sich barrierefrei fortbewegen können. Gehsteige müssen konsequent von illegal abgestellten Autos freigehalten werden. Kreuzungen sind so zu gestalten, dass Fußgänger*innen vor dem Überqueren der Straße einen sicheren Blick haben und auch gesehen werden.

Ein Konzept „Mein Schulweg autofrei" bietet Alternativen zum „Eltern-Taxi". Denn sie gefährden die Schüler*innen, wie die Essener Polizei regelmäßig beklagt. Wir fordern einen Schulwegeplan, der für jede Schule festlegt, wie die Gehwege, die Verbindungen von Bus- und Bahnhaltestellen zur Schule sowie die Radwege für die Schüler*innen und ihre Bedürfnisse ausgebaut werden müssen. Im Abstand von mindestens 500 Metern können Bring- und Abhol-Zonen ausgewiesen werden.

Radfahren – sicher, komfortabel, ganzjährig

Der Radverkehr hat für eine zukunftsfähige Mobilität in der Stadt Essen das größte Potential und den größten Nachholbedarf. Eine flächendeckende, sichere und durchgängige Rad-Infrastruktur ermöglicht, das Fahrrad ganzjährig als Verkehrsmittel im Alltag zu nutzen. Fahrradfahren ist klimaneutral, gesund, leise, preiswert und nimmt pro Verkehrsteilnehmer*in nur wenig Raum ein. Durch E-Bikes erhöht sich die Reichweite und Lastenräder stellen eine umweltfreundliche Transportalternative dar. Wir setzen uns für deutlich mehr Finanzmittel und personelle Planungskapazitäten beim Ausbau der Radinfrastruktur ein. Wir wollen die jährliche Investitionssumme für den Radverkehr verzehnfachen. Es soll ein städtisches Förderprogramm zur Anschaffung von Lastenfahrrädern für in Essen tätige kleine Unternehmen, Vereine oder Zusammenschlüsse von Privatpersonen aufgelegt werden. An Hauptverkehrsachsen, die häufig die direktesten Verbindungen sind, werden grundsätzlich Radfahrstreifen oder Protected-Bike-Lanes eingerichtet. Das vorhandene Radwegenetz aus Radschnellwegen, Hauptroutennetz und Ergänzungsrouten wird flächendeckend verbessert und überarbeitet. Lücken werden geschlossen und fehlende Verbindungen ergänzt. Den Radfahrer*innen stehen so im Stadtgebiet alle wichtigen Verbindungen zur Verfügung, um sicher, komfortabel und schnell Wohn- und Arbeitszentren zu erreichen. Für dieses Radwegenetz gelten hohe Standards, die bei neuen Verkehrsanlagen konsequent umgesetzt werden. Die vorhandene Radinfrastruktur ist so anzupassen, dass sicheres Radfahren gewährleistet ist. Auf dem gesamten Hauptroutennetz hat der Radverkehr Vorrang. Die Strecken sind beleuchtet, asphaltiert und sowohl vom Fußgänger- als auch vom Autoverkehr getrennt. Kreuzungen werden so gestaltet, dass Radfahrer*innen sicher, einfach und schnell queren können. An öffentlichen Gebäuden, Bahnhöfen, Haltestellen, Einkaufsorten und in Wohngebieten werden ausreichend und sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lastenräder errichtet. Diese Erweiterung der Infrastruktur geschieht durch eine Umverteilung vorhandener Verkehrsflächen und Parkplätze im öffentlichen Raum. Daten zum Verkehr in Essen und Potenzialanalysen für umwelt- und klimaschonende Mobilität sind die Grundlage, um geplante Maßnahmen optimal zu priorisieren. Der Radschnellweg Ruhr (RS1) muss schnell fertiggebaut werden. Außerdem wollen wir GRÜNE einen weiteren Radschnellweg von Essen über Bottrop nach Gladbeck. Der Neubau der A 52-Ruhrtalbrücke darf nur vier Autospuren vorsehen und muss einen Fahrradweg für einen Radschnellweg von Essen nach Düsseldorf enthalten.

Öffentlichen Nahverkehr konsequent ausbauen

Das ÖPNV-Angebot muss in Essen konsequent ausgebaut werden. Busse und Bahnen, die im dichten Takt auf eigenen Spuren am Stau vorbeifahren und an Ampeln bevorzugt freie Fahrt haben, sind eine attraktive Alternative zum Auto. Das zeigen viele Kom-

munen hierzulande schon heute. Eine Ampel-Vorrangschaltung und im bestehenden Straßenraum markierte Busspuren können preiswert realisiert werden. An wichtigen Pendler*innen-Routen müssen Park-and-Ride-Plätze am Stadtrand zur Verfügung stehen, um den Umstieg auf Shuttle-Busse auf eigenen Spuren zu ermöglichen.

Notwendig ist eine günstige, einfache und transparente Preisgestaltung bei den Tickets. Wie auch bei der Linienplanung und Anschlussgestaltung muss überregional gedacht werden. Dann können die Menschen im Ruhrgebiet ihre Arbeits-, Freizeit- und Wohnorte zuverlässig, schnell und umweltfreundlich in der gesamten Metropolregion erreichen. Fahrpläne von Bussen, U- und Straßenbahnen sind konsequent mit denen der S-Bahnen abzustimmen. Wir brauchen eine Vernetzung bei Straßenbahnen und Buslinien in der Metropole Ruhr und setzen uns daher für einen gemeinsamen Nahverkehrsplan mit den Nachbarstädten ein.

Die oberirdische Bahnhofstangente in Ost-West-Richtung (City-Bahn) muss ohne Verzögerungen kommen. Denn dadurch werden dringend notwendige Steigerungen der Kapazitäten für eine Taktverdichtung auf sämtlichen U- und Straßenbahnlinien geschaffen, die über den Hauptbahnhof führen. Dies muss begleitet werden von einer Umstellung des Netzes, mit der diese Vorteile durch eine Entflechtung der Fahrbeziehungen in den Tunneln auch voll ausgeschöpft werden. Darüber hinaus fordern wir die Verlängerung der Straßenbahn-Linie 105 von Frintrop nach Oberhausen, eine neue Straßenbahnlinie über das Quartier 51 (Krupp-Gürtel) bis nach Bergeborbeck, die Anbindung des Gebietes „Freiheit Emscher“ durch eine neue Straßenbahnlinie nach Bottrop, die Verlängerung der U-Bahnlinie 11 oder 17 bis nach Haarzopf und den Ersatz der Spurbusstrecke nach Kray durch eine Tram-Strecke auf der gleichen Trasse. Im Schienenverkehr müssen die Verbindungen in die Nachbarstädte verbessert werden. Dazu gehört insbesondere der zweigleisige Ausbau der S-Bahn nach Bottrop und Gladbeck, um den Betrieb zu stabilisieren. Die S-Bahn nach Gelsenkirchen und Herne sollte halbstündlich fahren, um die Angebotslücken zu schließen. Anzustreben ist ein Hauptnetz wichtiger Linien im Stadtgebiet, die tagsüber alle 5 bis 10 Minuten fahren. Wichtig ist ein 15-Minuten-Takt in den Randzeiten, sodass Arbeiter*innen im Schichtdienst frühmorgens schon den ÖPNV nutzen können. In einer Großstadt muss das kulturelle und gastronomische Angebot auch nachts mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Das Tagnetz muss daher, wie in anderen Städten üblich bis 0:30 bzw. 1:30 Uhr, vor und am Wochenende, sowie vor Feiertagen, verlängert werden. Im Nachtnetz müssen Lücken geschlossen und perspektivisch die Takte wichtiger Linien verdichtet werden. Ehrenamtlich getragene Bürgerbus-Initiativen sollen unterstützt werden. Das alles verringert die Lärm-, Abgas- und Parkbelastung durch PKWs in den Vierteln.

Sämtliche Haltestellen müssen barrierefrei umgebaut werden. Eine ausreichende Beleuchtung und freundliche Gestaltung steigert die Aufenthaltsqualität und sorgt dafür, dass Bahnhöfe und Haltestellen angstfrei genutzt werden können. Der Fuhrpark der Ruhrbahn ist sukzessive auf Busse mit umweltfreundlichen Antrieben (Elektro-, Wasserstoff- bzw. Brennstoffzellen-Antrieb) umzustellen.

Autoverkehr – leiser und schadstoffärmer

In einem menschengerechten Essen der Zukunft wird es Autos geben – sie werden aber weniger Schadstoffe und klimaschädliches CO2 ausstoßen und leiser fahren. Der Autoverkehr muss sich weg vom Individual- und hin zum Sozialverkehr entwickeln. Carsharing- und Mitfahr-Angebote sind Teil in einem intelligenten Verkehrssystem, das die Stärken der verschiedenen Mobilitätsarten nutzt und miteinander verbindet. Die Digitalisierung bietet hierfür schon heute Lösungen. Der Ausbau eines Netzes von Ladestationen für E-Autos muss vorangetrieben und gefördert werden. Die Stadt muss auch ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, deshalb ist der Fuhrpark auf klimafreundliche Antriebe umzustellen.

Vor allem für Pendler*innen und Kund*innen des Einzelhandels aus dem Umland bieten kostenlose Park-and-Ride-Plätze die Möglichkeit für den Umstieg auf Bus und Bahn. Die Kosten für den Flächenverbrauch durch Parkplätze in Wohngebieten sowie Stadt- und Stadtteilzentren müssen realistisch bepreist werden. Daher setzen wir uns für eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt sowie den Stadtteilen ein. Wir wollen in weiteren Stadtteilen Bewohnerparkregelungen einführen, um dem wilden Parken in Wohngebieten zu begegnen.

Die Verkehrsprobleme können nicht durch einen Ausbau der bestehenden Straßen und Autobahnen gelöst werden. Die Erfahrung zeigt seit Jahrzehnten: Zusätzliche und schnellere Verbindungen ziehen mehr Autos an. Die Staus von LKWs und PKWs sind nach kurzer Zeit wieder gleich lang oder länger. Wir wehren uns entschieden gegen die Autobahn-Neubauvorhaben A 52 durch Essen sowie den A44-Ruhralleetunnel und befürworten dafür Konzepte, welche die Gladbecker Straße entlasten.

Die A40 muss im Bereich Frohnhausen bis zur Innenstadt mit einem Deckel versehen und die U-Bahnlinie 18 nach oben verlegt werden. Dies würde die Teilung des Viertels überwinden und eine großartige städtebauliche Aufwertung darstellen.

Entgegen politischer Bekundungen hat sich der Güterverkehr in den letzten Jahrzehnten weiter von der Schiene auf die Straße verlagert. Um die Gesundheitsrisiken für Anwohner*innen durch Lärm und Schadstoffe zu verringern, muss sich die Stadt mit anderen Kommunen bei Landes- und Bundesregierung für eine sofortige Trendumkehr einsetzen. Gleisanlagen müssen wieder reaktiviert, Gleisanschlüsse an Gewerbegebiete und Betriebe gefördert werden. Um die Belastung durch die Flut von Transportern der Paketzusteller in Wohngebieten zu verringern, setzen wir uns für ein LKW-Routenkonzept sowie für zentrale Stadtteil-Verteilzentren ein. Von dort liefert ein Zusteller Pakete

aller Dienstleister an Kund*innen. Wir möchten das Lastenfahrrad zudem als wichtigen Bestandteil der örtlichen Logistik etablieren. Wir setzen uns für eine konsequente Lärmminderung ein, wesentlich dafür sind Geschwindigkeitsreduzierung, (nächtliche) Fahrverbote für LKW in Wohngebieten, lärmarme Straßenbeläge („Flüsterasphalt“), mehr Geschwindigkeitskontrollen und mehr Schallschutzmaßnahmen.

Bürger*innen vor Fluglärm schützen

Wir wollen Bürger*innen vor gesundheitsgefährdendem Fluglärm schützen. Die Einflugschneisen des Flughafens Düsseldorf führen über viele Stadtteile vor allem im Essener Süden. Die Stadt muss sich daher für eine Verschärfung der Nachtflugregelung, eine strengere Überwachung von Nachtflügen und eine Sanktionierung bei Verstößen einsetzen. Die Landeentgelte am Flughafen Düsseldorf sollten nach dem Grad der Lärmemissionen gestaltet werden und höhere Tarife für Flugbewegungen in den Abend- und Nachtstunden vorsehen. Im Rahmen einer möglichst städteübergreifenden Lärmminderungsplanung muss sich die Stadt Essen für moderne, leisere Lande- und Startverfahren und einen verbesserten baulichen Schallschutz einsetzen. Eine Kapazitätserweiterung auf bis zu 60 statt wie bisher 45 Flugbewegungen pro Stunde ist aus Lärm- und Klimaschutzgründen entschieden abzulehnen.

Wissenschaftlich ist unstrittig: Fliegen ist die klima- und umweltschädlichste Art der Mobilität. Darum wollen wir Flüge vermeiden und Alternativen fördern, wie eine ICE-Schnellstrecke übers Revier in die Hauptstadt. Die Stadt Essen sollte sich verpflichten, auf Kurzstreckenflüge zu verzichten und unvermeidbare Flüge ihrer Mitarbeiter*innen und politischen Verantwortlichen zu kompensieren.

Wir treten weiter für die schnellstmögliche Schließung des Flughafens Essen/Mülheim ein, um Anwohner*innen vor Lärm zu schützen und Zuschüsse der Stadt für den defizitären Flughafen einzusparen. Bei einer Nachnutzung des Geländes ist eine moderate, umweltgerechte Bebauung bereits versiegelter Flächen zu Wohn- und Gewerbezwecken denkbar. Ein Großteil der Fläche sollte allerdings unbebaut als Frischluftschneise und Grünfläche dienen.

6. Essen erneuerbar

Energiewende für den Klimaschutz

Wir wollen einen radikalen Kurswechsel beim Klimaschutz. Essen hat sich als „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ dem Ziel verpflichtet, bis zum Jahr 2030 mindestens 55 Prozent der CO2-Emissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren. Wir GRÜNE wollen Essen möglichst bereits bis zum Jahr 2030 klimaneutral machen. Das ist mutig, weil wir vieles ändern und manches noch entwickeln müssen.

Die Veränderung des Klimas zwingt uns zum sofortigen Handeln, wenn wir die bald unumkehrbare Zerstörung unserer Lebensgrundlage stoppen wollen. Wir fordern daher weiter, dass Essen den Klimanotstand ausruft und endlich eine ambitionierte Klimaschutzpolitik einleitet. Bei sämtlichen Entscheidungen müssen die sich daraus ergebenden Treibhausgas-Emissionen dargestellt und möglichst die klimaneutralste Variante gewählt werden. Klimaschutz ist eine entscheidende Zukunftsinvestition. Nichthandeln würde uns viel teurer zu stehen kommen. Darum wollen wir das „Integrierte Energie- und Klimakonzept“ der Stadt beherzt weiter entwickeln und mit mehr finanziellen Mitteln ausstatten. Dabei setzen wir auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien, damit der Energieverbrauch drastisch reduziert werden kann.

Stadt zum Vorbild machen – Essen energetisch modernisieren

Um unser Klimaziel zu erreichen, muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen. Die Stadtverwaltung und die kommunalen Betriebe wollen wir bis 2030 klimaneutral machen. Die Gebäude aller Behörden und öffentlichen Einrichtungen wollen wir energetisch modernisieren. Sie sollen möglichst auch zur Energieproduktion genutzt werden. Bis dahin wollen wir, dass die Stadt ausschließlich Strom nutzt, der zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien besteht. Wir wollen die städtische Energiebilanz nicht nur praktisch, sondern auch in ihren Kapitalanlagen CO2-neutral machen. Dafür wollen wir eine umfassende Divestment-Strategie, damit schmutzige fossile Aktien endlich verkauft werden. Dazu gehören der Verkauf der Essener RWE-Aktien, unserer Anteile an der STEAG und ein nachhaltiges Investment bei städtischen Kapitalanlagen. Wir wollen, dass die Stadtwerke wieder stärker in kommunaler Hand liegen und sich strategisch weiter Richtung erneuerbarer Energien ausrichten. Deshalb fordern wir von Stadt und der „Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH“ (EVV) ein entsprechendes Strategiekonzept.

Eine wichtige Rolle spielt die energetische Sanierung und mehr Energie-Effizienz im Gebäudesektor. Die städtische Immobilienwirtschaft hat einen Bestand von ca.1.200

Gebäuden. Ihre jährliche Sanierungsquote von derzeit 1% muss deutlich gesteigert werden. Wir wollen die städtische Wohnungsbaugesellschaft Allbau in die finanzielle Lage versetzen, jedes Jahr 5% des Wohnungsbestandes energetisch zu modernisieren. Um Mietpreiserhöhungen infolge energetischer Modernisierungen zu verhindern, wollen wir die „Richtlinien zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft (KdU)“ anhand energetischer Gesichtspunkte nach dem Bielefelder Modell anpassen – unser Klimabonus für bedürftige Personen.

Energiekonzepte zur Dekarbonisierung wollen wir zu einem festen Bestandteil der Bauleitplanung und bei städtebaulichen Wettbewerben machen. Wir wollen für Neubauprojekte, dass diese möglichst klimaneutral sind. Auch soll der „Plusenergiestandard“ vermehrt realisiert werden. Dies wollen wir durch den „Top-Runner-Ansatz“ erreichen: In Bebauungsplanverfahren und bei der Baurechtsvergabe ist energetische Optimierung von vornherein als Basis der Planung zu verankern. Hierbei ist zu klären, welche Form und welcher Mix der Gewinnung regenerativer Energien am sinnvollsten sind. Noch wichtiger als Optimierung im Bereich des Neubaus ist die energetische Optimierung und der Umbau im Bestand. Hier muss die Kommune neue Modelle entwickeln, um das allgemeine Ziel der Klimaneutralität erreichen zu können.

Wir wollen eine „Solar-Offensive“ für Essen. Die Stadtverwaltung soll gemeinsam mit den Essener Stadtwerken mehr Hausbesitzer*innen für Solaranlagen (Photovoltaik und Solarthermie) gewinnen. Die Solarenergie-Potentiale von Dachflächen und Fassaden bei öffentlichen Gebäuden müssen konsequent erschlossen und durch eine Dach- bzw. Fassadenbegrünung ergänzt werden. Bei Neubauten wollen wir die Errichtung von Solaranlagen auf Dachflächen zur Regel machen, sofern dies technisch möglich und sinnvoll ist.

Neue Energie für Ruhrbahn, Stadtwerke, Fernwärme

Bis 2030 sollen der Essener Öffentliche Personen-Nahverkehr (Ruhrbahn), die Fahrzeuge der Verwaltung und der öffentlichen Unternehmen emissionsfrei fahren.

Wir wollen die Essener Stadtwerke zu einem Unternehmen umbauen, das sich künftig wesentlich mehr in den Geschäftsfeldern der Erzeugung erneuerbarer Energien (vor allem Solarenergie), Dienstleister für Energieeffizienz (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung, Contracting) und Elektromobilität betätigt. Die Stadtwerke sind für uns ein zentraler Akteur der Energiewende in Essen. Deshalb erwarten wir von den Stadtwerken zeitnah ein Dekarbonisierungskonzept mit dem Ziel einer Klimaneutralität bis möglichst 2030. Dazu gehört auch die Nutzung von klimaneutralerzeugtem Wasserstoff. Wir wollen das Fernwärme-Netz in Essen ausbauen. Dort, wo der Anschluss an das Fernwärmenetz nicht möglich ist, streben wir dezentrale Nahwärmenetze mit hohen Anteilen erneuerbarer Energien an. Erdwärme und Abwärme aus industriellen Prozessen und Abwässern sollte verstärkt genutzt werden.

Das Stromleitungsnetz der Stadt Essen soll nach Beendigung des Konzessionsvertrages mit Westnetz/Innogy rekommunalisiert werden. Künftig sollten die Essener Stadtwerke den Netzbetrieb unter ökologischer Ausrichtung betreiben (Smart-Grids). Den Essener Bioabfall wollen wir künftig durch Behandlung in Vergärungsanlagen energetisch nutzen. Essensabfälle können in Biogasanlagen verwertet werden. Wir wollen eine Energiewende von unten. Energiegenossenschaften von Bürger*innen sollen bei der Errichtung von Anlagen erneuerbarer Energieerzeugung oder Energieeffizienz unterstützt werden.

Aufbruch in die Energiewirtschaft der Zukunft

Wir wollen der Energiewirtschaft eine grüne Richtung geben. Essen nimmt im Energiesektor bundes- und europaweit eine führende Rolle ein. Von Erzeugung und Versorgung über Technik und Handel bis hin zur Forschung sind wir Energiemetropole. Viele große Energiekonzerne Deutschlands haben in unserer Stadt ihren Hauptsitz: Wir wollen, dass sie die Energiewende schneller und nachhaltiger vollziehen, um das Klima zu schützen und Jobs zu erhalten. Längst treiben kleine und mittelständische Unternehmen, Startups und renommierte Forschungseinrichtungen die Entwicklung innovativer, emissions- und ressourcenarmer Technologien hier voran. Wir wollen, dass sie allesamt nachhaltige und klimaneutrale Lösungen für die Energie von morgen liefern. Energiewende und Klimaneutralität sollen hier vor Ort gelingen – denn darüber wird maßgeblich in Essen entschieden. Es braucht mehr Pioniergeist statt Strukturkonservatismus, um diese Transformation gut zu meistern. Wir wollen, dass Essen zum Reallabor der Energiewende wird und damit ein Vorreiter für klimaneutrale Energieversorgung von Stadtquartieren. Das neue NRW-“Spitzencluster Industrielle Innovationen“ hier in Essen für klimafreundliche Zukunftstechnologien im Energiesektor sehen wir als erfolgsversprechend.

Wirtschaft in Essen: Fitmachen für künftige Transformationen

Für Jobs, Wohlergehen, Lebensqualität und Zukunftschancen ist Wirtschaft wichtig. Essen hat über die Jahrzehnte tiefgreifende Strukturwandel bewältigt. Wir wollen in Essen eine gerechte, ökologische und ökonomisch erfolgreiche Wirtschaft. Klimawandel, Digitalisierung und Internationalisierung stellen Unternehmen, Verwaltung und Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Und bieten zugleich wirtschaftliche Chancen durch die Entwicklung neuer Angebote und Produkte.

Wie wir produzieren und konsumieren muss sich ändern. Unser Wohlstand darf nicht länger zulasten künftiger Generationen und anderer Länder gehen, Ressourcen ausbeuten und Klima schaden. Diesen Wandel möchten wir gemeinsam mit den Essener Unternehmen gestalten – von Gründer*innen über kleine und mittlere

Unternehmen bis zum DAX-Großkonzern – und die Stadtverwaltung selbst als Vorbild positionieren.

Ökologisch, sozial und menschlich Wirtschaften

Essen muss verstärkt ökologisch und sozial wirtschaften. Künftiger ökonomischer Erfolg beruht auf Innovationen, Kreativität, talentierten Menschen und einem breiten Mix aus Großunternehmen, Mittelstand, kleinen Unternehmen, freien Berufen und Handwerksbetrieben in verschiedenen Branchen, einer lebendigen Kreativwirtschaft, Start-Ups, Selbstständigen, Arbeitnehmer*innen und sehr guten lokalen Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten, Bildungsreichtum und Internationalität.

Wir wollen Vielfalt und Attraktivität der Essener Wirtschaft stärken. Wir wollen nicht nur ein wirtschaftsfreundliches Klima in Essen, wir wollen eine klimafreundliche Wirtschaft. Wir gestalten die Transformationen gemeinsam mit der Essener Wirtschaft, fordern und fördern Umweltschutz und wollen für alle faire Arbeitsbedingungen. Gute Arbeit, neue Zeitarrangements und familienfreundliche Betriebe müssen selbstverständlich werden. Mütter und Väter sollen Kind und Karriere besser vereinbaren können. Uns leiten die Werte der Gemeinwohlökonomie: Solidarität und Gerechtigkeit, Menschenwürde, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitbestimmung. Weltoffene Mentalität, kulturelles und sportliches Angebot, Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, gute günstige Wohnungen und grüne Infrastrukturen sind wichtige Standortvorteile, die wir pflegen und weiterentwickeln wollen. Wir bauen auf Technik, Toleranz und Talente. Bei der Mittelvergabe wird neben der Innovationskraft der Geschäftsideen auch berücksichtigt, ob die Gründer*innen in ihren Businessplänen zeigen, dass sie sich der gesellschaftlichen Verantwortung ihrer Betriebe bewusst sind. D.h. es sollen Konzepte zur Gleichstellung und gerechten Entlohnung aller Geschlechter, zur beruflichen Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen sowie zu umweltbewusstem Handeln vorgelegt werden.

Update für die Wirtschaftsförderung

Gute Wirtschaftsförderung schafft die Quellen künftigen Wohlstands. Die Essener Wirtschaftsförderung muss stärker ausgerichtet werden auf innovative mittelständische Strukturen, Digitalisierung, Energieeffizienz, Cluster- und Profilbildung, kreative Existenzgründungen und regionale Synergieeffekte. Besondere Stärken unseres Standorts z.B. für Medizin und Forschung, Kreativ-Wirtschaft, Design- und Fotokunst gilt es weiterzuentwickeln.

Kirchturmsdenken ist von vorgestern. Essen muss als Großstadt im Herzen der Metropolregion Ruhr den Blick über den Tellerrand werfen und sich stärker auf europäischer und internationaler Ebene engagieren – weit über vitale Städtepartnerschaften hinaus.

Mit hunderttausenden in- und ausländischen Besucher*innen hat Essen als „Grüne Hauptstadt“, Kultur- und Wissenschaftsstadt und Energie-Metropole die Chance, sich als nachhaltige Stadt vorbildlich zu positionieren und damit weit über Stadtgrenzen hinaus zu wirken.

Gründergeist mehr Raum geben

Essen steckt voller Ideen und kann mehr als Industrie-Großkonzerne. Schon jetzt nehmen Gründer*innen die Herausforderungen unserer Zeit an und bringen in unserer Stadt die Entwicklungen von morgen mit technischen, ökologischen und sozialen Innovationen voran. Wir wollen, dass noch mehr Menschen den Schritt zur Gründung eines Start-Ups wagen. Dafür ist eine stärkere öffentliche Unterstützung von Bund, Land und Kommune hier vor Ort nötig: Es braucht Räume für Kreative und neue Formen des Stadtmarketings, Coaches und Mentor*innen für Gründer*innen, ein besseres „Match-Making“ für Mittelstand und Konzerne. Es braucht mehr Offenheit in Lokalpolitik, Stadtverwaltung und Wirtschaftsförderung, um Ideen von Gründer*innen weiter zu treiben, ihnen einfacheren Zugang zu Gründungskapital zu öffnen, sie bürokratisch zu entlasten und sozial besser abzusichern. Als 5-Millionen-Metropole im Herzen Europas braucht sich das Revier nicht hinter anderen Hot Spots der Start-Up-Cluster verstecken. Die Potenziale der Region für Gründer*innen wollen wir stärker entfalten und attraktivere Bedingungen für mutige Kreative schaffen. Ein Leitbild „Gründungsmetropole“ hilft dabei. Essen sollte mit anderen Ruhr-Kommunen die Gründungsförderung vereinfachen und dabei kleinteilige Programme auf gemeinsam getragene regionale fokussieren. Das ruhr:HUB ist eine gelungene Plattform, der wir in Essen weiter verlässlich kreativen Freiraum bieten wollen. Wir wollen durch Gründungen, die beim sozialen und ökologischen Wandel helfen, einen Beitrag zum Strukturwandel leisten. So werden aus grünen Ideen schwarze Zahlen.

Digitalisierung in Essen

Wir wollen, dass Digitalisierung Mensch und Natur dient, transparent ist und Teilhabe ohne Ausgrenzung ermöglicht. Essen ist noch lange keine Smart City. Wir wollen Digitalisierung auf die Sprünge helfen. Digitale Technologien wirken sich auf viele Bereiche unseres Lebens aus. Den digitalen Wandel wollen wir sozial, ökologisch und menschlich gestalten. Wir setzen bei der Digitalisierung in unserer Stadt auf eine Entwicklung und Bewertung durch viele Akteur*innen mit ihren Kompetenzen und Ideen. Wir wollen kostenfreies WLAN in U-Bahnen und Bussen der Ruhrbahn sowie auf unseren öffentlichen Plätzen in der Innenstadt zum Standard machen.

Digitale Teilhabe muss allen Bürger*innen möglich sein, darf aber nicht zum Zwang ausarten. Wir wollen in der Lokalpolitik mit Online-Beteiligung experimentieren. Lernor-

te, in denen Bürger*innen digitale Kompetenzen erwerben können, wollen wir ausbauen, z.B. zu Themen wie Datensicherheit und Medienkompetenz. Unsere Bildungsinstitutionen – von Schulen über Hochschulen und Weiterbildung bis Bibliotheken – wollen wir zu Orten digitalen Lernens ausbauen. Denn digitale Bildung erleichtert den mündigen Umgang mit digitalen Technologien und Risiken. Wir wollen den Zugang zu Computern und Smartphones erleichtern – durch mehr öffentliche Geräte, Schulungen und Unterstützung bei der Bedienung. Wir wollen „Bürger*innen-Labs" einrichten. In diesen gestalten Bürger*innen und Programmierer*innen mit Akteuren aus Wirtschaft und Verwaltung gemeinsam die digitale Zukunft Essens. Dank interdisziplinärer Kooperationen, zivilgesellschaftlicher Initiativen und Social-Entrepreneurs entstehen Ideen für die digitale Transformation. Digitale Innovationen und Inklusion gehören verknüpft: Wir denken u.a. an Formate wie Assistenzsysteme für Menschen mit Behinderung, barrierefreie digitale Systeme, smarte Begleitdienste für Patient*innen.

Das digitale Serviceangebot der Stadt und ihrer Tochterunternehmen gehört auf den neusten Stand gebracht. Wir wollen eine zentrale App für alle städtischen Anwendungen prüfen, um übersichtlicher, nutzer*innenfreundlicher und bürger*innennäher zu werden. Im digitalen Zeitalter muss unsere Stadtverwaltung effizient, bürger*innenfreundlich und transparent sein. Zur Informationsfreiheit zählt, dass die Stadt alle wesentlichen Informationen online stellt und digitale Behördengänge problemlos zur Regel werden. Wir wollen ein Essen, das sich den Prinzipien Open Data, Open Government und der Datensicherheit verpflichtet fühlt. Das Ratsinformationssystem wollen wir updaten, damit Stadtrats- und Verwaltungsarbeit zugänglicher wird. Wir stehen für die sinnvolle Nutzung quelloffener Software in der Stadtverwaltung. Open Source muss dabei auch bedeuten, dass durch öffentliche Gelder finanzierter Software Code auch öffentlich sein sollte.

Wir wollen in Essen überall schnelles Internet durch ein möglichst flächendeckendes Breitbandnetz und den Internetzugang für alle Bürger*innen. Digitalisierung muss mit Green-IT zusammen gedacht werden und kann so zum Ressourcensparen genutzt werden. Bei neuen Technologien wie künstlicher Intelligenz und Robotik sehen wir Chancen und Risiken und bewerten sie anhand grüner Grundwerte. Digitale Innovationen verändern und beeinflussen unser Wirtschaften und Arbeiten. Daher wollen wir, dass sich Arbeitnehmer*innen mit einem Recht auf Weiterbildung qualifizieren können.

Wissenschaft in Essen: Hochschulen, Forschung und Innovation voranbringen

Wir wollen Essen als Wissenschaftsstadt weiter stärken. Die Standorte und Campi unserer Hochschulen und Forschungsinstitute prägen das Erscheinungsbild, Profil und Image unserer Stadt zunehmend mit. Wissen(schaft) ist entscheidender Treiber für den Strukturwandel unserer Stadt und für ökologische und soziale Innovationen. Wir wollen Stadt- und Wissenschaftsentwicklung enger vernetzen. Damit gestalten wir Essen zukunftsfähiger, kreativer und dynamischer. Wir wollen das Know-how wissenschaftlicher Einrichtungen stärker in wirtschaftlichen Erfolg vor Ort ummünzen durch engere Kooperationen zwischen Forschung und Unternehmen, Transfer und Spin-Offs.

Die Universität Duisburg-Essen mit ihrer exzellenten Forschung im Trio der „Universitätsallianz Ruhr" sowie die FOM als bundesweit größte Privathochschule erleben einen Studierendenboom, den wir verstetigen wollen. Die Folkwang Universität der Künste wollen wir als eine der renommiertesten Kunst- und Musik-Hochschulen hierzulande, mit Partnern in der ganzen Welt, stärker promoten. Zusammen mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI), Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Gas- und Wärme Institut Essen (GWI), Haus der Technik (HDT), Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte, Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) u.a. bilden sie den Reichtum unseres Wissenschafts-Ökosystems. Das Universitätsklinikum Essen ist einer der größten Arbeitgeber der Region. Wir wollen all diese Wissensträger stärker zurate ziehen, um die Herausforderungen unserer Zeit wissensbasiert zu bewältigen.

Wir wollen mehr Fachkräfte und Akademiker*innen gewinnen und halten. Gut ausgebildete junge Menschen müssen auch für die lokale Verwaltung und für städtische Tochterunternehmen gewonnen werden. Dabei fordern wir, die Gleichstellung aller Geschlechter unter den Bewerber*innen noch stärker zu achten. Junge Talente sollen Essen öfter zu ihrem Zuhause und Erstwohnsitz machen – das wollen wir anreizen und prämieren. Als lebenswerte Hochschulstadt und vitaler Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort muss Essen seine Anziehungskraft für Studierende, Fachkräfte und Wissenschaftler*innen weiter steigern. Gleiche Chancen liegen uns am Herzen: Wir wollen, dass mehr „Studierende der ersten Generation" den Weg ins Studium schaffen. Potenziale von Arbeiterkindern und mit Einwanderungsgeschichte wollen wir heben. Talentscouting in der Schule und Mentoring-Programme für den Übergang zur Hochschule – u.a. durch Bildungsinitiativen und Stiftungen – wollen wir stärken. Für internationale Fachkräfte muss das städtische „Welcome Center" einladender, schneller, bürokratieärmer werden. Angebote für Wissenschaftler*innen, die aus In- und Ausland nach Essen kommen, wollen wir ausbauen. Unsere Stadt ist auch durch Forschung und Lehre internationalisiert. Ein Grund mehr, unser weltoffenes Klima zu schützen.

Wissenschaft wollen wir in der Stadtgesellschaft noch mehr verankern: durch aktive Wissenschaftskommunikation (z.B. „Kinder-Uni", Wissenschaftssommer, „WissensNacht Ruhr") und eine wissensbasierte Stadtentwicklung. Wir wollen eine lokale und regional vernetzte Wissenschaftspolitik für Essen und schlagen vor, einen Wissenschaftsausschuss im Rat der Stadt einzurichten. Die Projekte aus dem „Aktionsplan Wissenschaft

2018“ wollen wir zum Erfolg führen, weitere entwickeln und vorantreiben. Wir wollen die Initiative „Wissenschaftsstadt Essen“ fortsetzen und sie besser ausstatten. Wir wollen, dass sie sich kontinuierlich in die regionale Wissenschaftsförderung einbringt (z.B. „Wissensmetropole Ruhr“ des RVR). Damit können wir die Stärke der Wissenschaftsdichte im Ruhrgebiet noch bewusster und besser nutzen.

7. Essen bildet

Bildung ist für uns ein Schlüssel für Selbstbestimmung, Chancengerechtigkeit und Integration. Bildung schafft die Voraussetzung für gerechte Teilhabe und ist eine Investition in unsere Zukunft. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass jede und jeder in unserer Gesellschaft Zugang zu guten Bildungsangeboten hat. Damit legen wir den Grundstein zu gleichen Chancen für alle. Wir setzen uns für mehr und bessere Angebote entlang der ganzen Bildungskette ein. Denn wir alle lernen ein Leben lang. Ein kreatives Essen braucht gut ausgebildete und qualifizierte Menschen. Ein bildungsgerechtes Essen darf niemanden zurücklassen, sondern fördert jede*n mit allen Potenzialen und besten Lernbedingungen. Wer Wissenschaftsstadt und Großstadt für Kinder sein will, braucht beste Lernbedingungen für jedes Talent.

Kitas besser unterstützen

Unsere Essener Kitas sind die Basis für Bildungsgerechtigkeit. Wir GRÜNE möchten, dass Kitas allen Kindern zum Beginn der Grundschule die gleichen Startvoraussetzungen ermöglichen. Aktuell fehlen aber noch über 2000 Kita-Plätze. Neben der Schaffung von ausreichend Kitaplätzen setzen wir uns dafür ein, dass die Mittel aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ zur Verbesserung der Qualität in Kitas und dem Einsatz von mehr Fachpersonal in unseren Kitas führt. Dabei wollen wir Kita-Leitungen von Verwaltung entlasten, die duale vergütete Ausbildung für Erzieher*innen ausbauen und eine vielfältige, pädagogische, multiprofessionelle Arbeit, vor allem für mehr Inklusion, Beteiligung und Schutz von Kindern. Neben den Mitteln des Bundes investieren Land und Kommunen ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 rund 750 Millionen Euro jährlich zusätzlich für mehr Finanzierungssicherheit und Verbesserungen der Qualität. Wir setzen uns dabei für eine Umsetzung der Platzausbaugarantie ein, damit jedes Kind gut betreut wird und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser gelingt. Um insbesondere Alleinerziehenden den Berufseinstieg zu ermöglichen, benötigen wir mehr flexiblere Betreuungszeiten und erweiterte Finanzierungsmodelle. Die Beitragsstaffelung für Tagespflege, Kita und Ganztag sollte im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit überarbeitet werden.

Für Kitas und Schulen gilt gleichermaßen: kurze Beine, kurze Wege. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Bedarf jede Familie im unmittelbaren Wohnumfeld einen Kita-Platz bekommt. Die Platzvergabe über das Portal „Little Bird“ wollen wir transparenter, einfacher, schneller und bedienungsfreundlicher gestalten. Betriebe und Verwaltung wollen wir kinder- und familienfreundlicher. Unternehmen gilt es mehr in die Pflicht zu nehmen: Jeder in Essen angesiedelte Betrieb ab einer Größe von 750 Mitarbeiter*innen soll ermutigt und unterstützt werden, einen Betriebskindergarten anzubieten. Hierbei erwarten wir, dass Stadt und städtische Töchter eine Vorbildrolle übernehmen. Umgekehrt

wollen wir die Zahl der reservierten Firmenplätze in Kitas mit kommunaler Beteiligung begrenzen. Denn die neuen Betreuungsplätze sollen die Entwicklungsmöglichkeiten aller Kinder in unserer Stadt verbessern.

Fließende Übergänge schaffen

Der Übergang zwischen den einzelnen Bildungsabschnitten muss fließender gestaltet werden. Dazu wollen wir Präventionsketten von der Geburt bis zur Berufsausbildung ausbauen. Familienzentren in Kitas sind bereits erfolgreich erprobte Ansätze, um vor allem in Gebieten mit besonderem Förderbedarf Eltern eine verlässliche Anlaufstelle für Alltagsfragen in ihrem Stadtteil zu bieten. Wir wollen Familienzentren an Kitas verstetigen und die Zusammenarbeit mit den Grundschulen aufbauen. Neben den Familienzentren setzen wir auf das Konzept „Haus des Lernens", die räumliche Einheit von Kindergarten und Grundschule in einem Gebäude. Aktuell haben wir z.B. nur in Haarzopf und Karnap zwei Lernhäuser. Für neu und weiter zu entwickelnde Grundschulstandorte sollen „Häuser des Lernens" in unserer Stadt deshalb Standard werden. Wir wollen, dass diesem Ansatz bei Neuplanungen künftig Vorrang gewährt wird.

Wir setzen uns für den Vorrang von Gemeinschaftsgrundschulen vor Bekenntnisgrundschulen ein. Ziel muss es sein, dass jeder Stadtteil über eine Gemeinschaftsgrundschule verfügt. Die Förderung alternativer Schulkonzepte bleibt notwendig, um die vielfältigen Bildungsbedarfe in Essen zu decken.

Ganztagsangebote ausbauen

Die offene Ganztagsschule ist für unsere Stadt ein Erfolgsmodell. In Essen fehlen im OGS-Bereich aber leider noch immer Plätze. Das wollen wir ändern. Vor allem setzen wir uns für die Qualitätsverbesserung des offenen Ganztags ein. Wir wollen die pädagogischen, kulturellen und bewegungsorientierten Fördermöglichkeiten dieser Angebote stärken. Wir wollen die Schulumfeldarbeit ausbauen – z.B. durch mehr Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen im Stadtteil. Damit öffnen sich Schulen in dem Stadtteil und werden zu lebendigen Institutionen im Quartier. Neben dem Ausbau des offenen Ganztags wollen wir auch Modelle des gebundenen Ganztags fördern.

Schulsozialindex – Schulen bedarfsgerecht unterstützen

Schulen mit herausfordernden Aufgaben brauchen unsere besondere Unterstützung. Wir setzen uns daher für die bedarfsgerechte Zuweisung von Sach- und Personalmitteln über einen Schulsozialindex ein, d.h. Inklusionsanforderungen oder Einzugsgebiet sollen darin verstärkt berücksichtigt werden. Diese vom Land eingeräumten Fördermöglichkeiten sollen künftig nicht nur für Grundschulen, sondern auch für die Schultypen der Sekundarstufe I und II geöffnet werden. Darüber hinaus halten wir multiprofessionelle Teams, insbesondere an Schulen in schwierigen Lagen, für dringend notwendig. Nur so können die Schulen ihre Schüler*innen bestmöglich unterstützen.

Schulentwicklung grün gestalten

Ein qualitatives und quantitatives Bildungsmonitoring soll die Grundlage grüner Schulentwicklung sein.

Wir wollen, dass in unserer Stadt endlich ausreichend Gesamtschulplätze vorgehalten und keine neuen Hauptschulen mehr gegründet werden. Wir stehen für ein qualitatives, durchlässiges Bildungsangebot, von der Primarstufe bis zur beruflichen Bildung – standortunabhängig und ohne soziale Bruchlinien. Wir wollen, dass alle Schulen, egal ob im Hörster Feld, in Frintrop oder in Kettwig, ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot ermöglichen können. Schulen dürfen kein Ort der sozialen oder kulturellen Segregation sein. Wir wollen Schulen als Orte der Integration und sie zu Leuchttürmen unserer Wissensgesellschaft entwickeln, in denen Lernen Spaß macht und Kreativität entfacht wird.

Zentral ist für uns auch eine bedarfsgerechte Schulsanierung mit schnelleren Verfahren unter fachlicher Leitung. Denn nur in modernen Schulen und in einem sauberen Umfeld können Schüler*innen optimal lernen. In der nächsten Ratsperiode muss mit allen verfügbaren Mitteln an der Erneuerung unserer Schulen und Schulhöfe gearbeitet werden, damit sie baulich und digital auf die Höhe der Zeit kommen. Schulen sollen durch die Stadt kontinuierliche Betreuung, Beratung und Support bei der Digitalisierung erhalten. Essen muss von den Digitalpakt-Mitteln des Bundes profitieren.

In Gesundheit und Fortbildung von Lehrer*innen investieren

Wer erwartet, dass sich Lehrer*innen jahrzehntelang Tag für Tag in pädagogisch anspruchsvollen Klassen für eine gute Bildung ihrer Schüler*innen engagieren, muss in Lehrer*innengesundheit investieren. Über die reine Wissensvermittlung kommen im Schulalltag immer mehr sozial-pädagogische wie auch administrative Aufgaben auf Lehrkräfte zu. Zu oft sind Sekretariate nicht besetzt. Wir fordern daher mehr Verwaltungsstellen für die Schulen.

Wir wollen bestehende Weiterbildungsmöglichkeiten transparenter machen und das Weiterbildungsbudget an Schulen erhöhen. Supervisionen können Lehrer*innen ebenso in ihrem Alltag unterstützen, wie auch ganze Kollegien und Schulen durch Schulentwicklungsbegleiter*innen neue Perspektiven erhalten können. Wir setzen uns dafür ein, dass der „Springer-Pool" aufgestockt wird, um Krankheit und unbesetzte Lehrer*innenstellen aufzufangen. Nur so kann das Kollegium entlastet und die Unterrichtsversorgung sichergestellt werden.

Orte des Lebens und Lernens entwickeln: gesunde Mahlzeiten, kulturelle Bildung

Unsere Bildungseinrichtungen in Essen sollen Orte des Lebens und des Lernens sein. Wenn Kinder ohne Frühstück zur Schule gehen, fehlt es ihnen an Energie. Wir setzen uns dafür ein, dass ein gesunder Frühstückssnack und Mittagessen mit vegetarischem Alternativ-Angebot sowie kostenloses Wasser an Schulen und Kitas gefördert werden. Lange schon beklagen Eltern und Schüler*innen die Qualität des Schulessens. Alle sollen Zugang zu gesunden Mahlzeiten haben. Die Stadt als Träger soll an ihren Schulen nicht nur auf hohe Qualitätsstandards achten, sondern auch auf ein zeitgemäßes Bestellsystem und ein variables Angebot.

Kinder und Jugendliche lernen nicht nur im Klassenraum. Wir wollen Kitas und Schulen darin unterstützen, mehr Erfahrungswelten für Kinder zu schaffen. Wir setzen uns für einen systematischen Ausbau und die Verstetigung des pädagogischen Angebots an Kitas und Schulen ein, z.B. über enge Kooperationen mit Essener Kulturinstitutionen. Schultheatertage oder die Projekttage im Folkwang Museum sind hier beispielgebend.

Lebenslanges Lernen und Qualifizieren ermöglichen

Wir alle lernen ein Leben lang und dieses Lernen ist elementar für gesellschaftliche Teilhabe. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur die berufliche Bildung im Job-Center empfohlen wird, sondern Lust auf Weiterbildung geweckt wird. Auch politische und kulturelle Bildung benötigen einen höheren Stellenwert. Wir werden uns dafür einsetzen, analog zum Sozialticket eine „Bildungsflat“ für ALG 2-Empfänger*innen einzurichten, zum Beispiel in der VHS. Der Bildungspunkt soll erweitert und konzeptionell aufgewertet werden. Daneben wollen wir eine digitale Essener Lernplattform, auf die alle Akteure zugreifen können. So erreichen wir Transparenz über unsere Weiterbildungslandschaft. Ruhrkolleg und Abendschule sollen eine Zukunft haben.

Hochschul- und Stadtentwicklung zusammen denken

Universitäre und Fachhochschulausbildung sind für viele zehntausende Menschen in unserer Stadt wichtige Bausteine ihrer Karriere. Die Zusammenarbeit zwischen der Universität Essen-Duisburg (UDE), den anderen Hochschulen, Fachhoch- und Musikhochschule und den Gremien der Stadt wollen wir verbessern. Gerade die UDE ist nicht nur Lern-, Lehr- und Forschungsstandort, sondern ebenso ein wichtiger Arbeitgeber, Impulsgeber und Investor für Essen. GRÜNE wollen die Potentiale einer gut vernetzten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität sowohl im Schulbereich, wie auch in Umwelt- oder Verkehrsprojekten systematisch ausschöpfen.

Kooperations- und Netzwerkstrukturen ausbauen

Bildungsangebote und Bildungsstrukturen werden durch lebendige Kooperations- und Netzwerkstrukturen bereichert. Wir wollen das Potential unserer Stadt durch den Ausbau von sektorenübergreifenden Kooperationen heben. Dazu streben wir eine enge Zusammenarbeit zwischen kommunalen Ämtern, Schulen, Fach- und Volkshochschulen, der Universität und Stiftungen an. Wir machen uns daher stark für Koordinierungsstellen in der Stadt, die Schulen, Kitas und andere Bildungseinrichtungen dabei unterstützen, gezielte Netzwerkstrukturen aufzubauen, zu pflegen und ergebnisorientiert zu verwalten.

8. Essen bürgernah

Rechts- und Innenpolitik: Vorbeugen – was tun, bevor es „brennt"

Essen ist eine sichere Stadt. Die angezeigten Straftaten sinken in vielen Bereichen leicht. Dennoch fühlen sich viele Menschen unsicher und haben Angst, Opfer einer Straftat zu werden. Das nehmen wir ernst. Weder schönreden noch Ängste schüren ist sinnvoll, um das Sicherheitsgefühl zu steigern. Die Ursachen dafür sind vielfältig und haben nicht immer mit der lokalen Situation zu tun. Unser Ziel ist es, dass sich jeder Mensch überall in unserer Stadt sicher- und wohlfühlen kann und nirgends Angst haben muss. Eine Investition in mehr Sicherheit und Ordnung beginnt für uns mit der Umsetzung sozialer und präventiver Maßnahmen, damit Brennpunkte und Angsträume gar nicht erst entstehen. Gefahrenschwerpunkte wollen wir zu sicheren Orten entwickeln. Wir setzen dabei auf Maßnahmen, die Sicherheit nicht nur vorgaukeln, sondern tatsächlich Verbesserungen erreichen können – ohne die Freiheit unverhältnismäßig einzuschränken.

Wir wollen mehr in Vorbeugung investieren und gezielt intervenieren statt hinterher teurer zu reparieren. Repression ist Ultima Ratio eines starken, wehrhaften Rechtsstaats vor Ort. Wir zielen ab auf eine präventive Stadtplanung, die Angsträume – wie z.B. dunkle Unterführungen, unübersichtliche Plätze – abbaut und gegen Schrottimmobilien vorgeht. Maßnahmen gegen illegale Müllentsorgung auf öffentlichen Wegen und Plätzen wollen wir ausweiten. Plätze, auf denen sich die Bürger*innen gerne aufhalten sowie Grünanlagen zum Umweltschutz und mit Freizeitwert tragen zu einem insgesamt gepflegten Stadtbild bei.

Wir wollen Modelle wie Präventionsräte, Quartiersnetzwerke und Gebietsbeiräte unterstützen sowie Stadtteilbüros als Schnittstelle zwischen Stadtverwaltung, Polizei, Kommunalem Ordnungsdienst sowie den Menschen vor Ort absichern. Wir wertschätzen die Arbeit von Sozial- bzw. Quartierspaten, die sich in ihren Netzwerken im Rahmen der Quartiersentwicklung für Recht und Ordnung und ein gutes Miteinander einsetzen. Videoüberwachung ist für uns nur im Ausnahmefall denkbar, eine flächendeckende und anlasslose Überwachung lehnen wir ab.

Wir wollen ein konsequentes Vorgehen gegen alle Formen von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dazu wollen wir ein umfassendes Handlungskonzept gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, unter Einbeziehung aller demokratischen Initiativen unserer Stadtgesellschaft. Die Menschenwürde und die Bürger*innen- und Freiheitsrechte aller Essener*innen wollen wir konsequent schützen und stärken.

Sicherheit und Ordnung mit Augenmaß – Freiheit garantieren

Wir stehen für einen starken und freiheitlichen Rechtsstaat und Sicherheit für alle hier lebenden Menschen. Dazu gehört für uns, dass die Behörden mit Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben personell und materiell gut ausgestattet sind, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen und in allen Bezirken und Stadtteilen präsent und ansprechbar sein können. Es darf nicht Aufgabe privater Sicherheitsdienste werden, den Job der Polizei zu übernehmen.

Wir erwarten von der Polizei, dass sie die Einstufung sogenannter „gefährlicher Orte" transparent vornimmt und gegenüber allen Beteiligten – Stadtverwaltung, Politik und Bürger*innen – offen kommuniziert. Wir unterstützen die polizeiliche Kriminalprävention, wie Beratungsangebote zum Wohnungseinbruchsschutz, Schutz vor häuslicher Gewalt, Trickbetrug und weiterer Straftaten sowie die Stärkung des Verbraucherschutzes.

Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen

Organisierte Kriminalität ist ein ernstes Problem, das mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden muss. Entscheidend sind für uns Ermittlungserfolge, also die konsequente Verfolgung und Bestrafung von Straftaten. Daher wollen wir eine Polizei und Justiz, die personell und strukturell gut ausgestattet ist. Ein starker und funktionierender Rechtsstaat schützt zuallererst die Schwachen und Rechtschaffenen und bietet die Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen. Dafür darf er nicht auf pauschale Verdächtigungen ganzer Bevölkerungsgruppen in unserer Stadt zurückgreifen. Die Landesregierung setzt derzeit auf juristisch ungeklärte Begriffe wie "Clans" und auf öffentlichkeitswirksame Razzien. Diese sind personell aufwendig und tragen kaum zur Kriminalitätsbekämpfung bei. Wir wollen, dass – wie in Berlin – organisierte Kriminalität wirksamer bekämpft wird, indem man ihr ans Geld geht: Werte aus illegalem oder unklarem Vermögen gehören eingezogen. Dafür wollen wir einen intensiven Informationsaustausch zwischen Finanzamt, Arbeitsagentur, Zoll und Jugendamt, um Licht in die Struktur und Arbeitsweise organisierter Kriminalität zu bringen.

Gemeinsam aktiv werden für mehr Sicherheit und Freiheit

In vielen Debatten wird von ordnungspolitischen Maßnahmen und der Polizei-Arbeit die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme erwartet. Es ist jedoch unrealistisch, dass allein diese oft zu einfachen Maßnahmen komplexe Probleme nachhaltig lösen. Wir alle sind für das Zusammenleben, den respektvollen Umgang untereinander und die Sicherheit in unserer Stadt mitverantwortlich. Wir GRÜNE in Essen schauen nicht nur auf die Arbeit der Polizei und von Ordnungsdiensten. Die Zusammenarbeit muss auf allen Ebenen zwischen den Institutionen und der Bevölkerung intensiviert werden, damit ein friedliches, freundliches und faires Miteinander gelingt. Gewaltvorbeugung muss Aufgabe aller Menschen in der Stadt werden. Hierfür benötigen Schulen, Vereine und andere Organisationen sowie handelnde Personen Unterstützung. Jugend- und Sportverbände, Beratungsstellen und aufsuchende Jugendarbeit müssen dementsprechend langfristig finanziell abgesichert werden. Wir befürworten eine sozialraumorientierte Polizeiarbeit und enge Sicherheitspartnerschaften aller Akteure.

Feuerwehr und Hilfsorganisationen unterstützen

Mit ihren hauptamtlichen und ehrenamtlichen Strukturen leisten die Feuerwehren und Hilfsorganisationen einen wichtigen Beitrag für unsere Sicherheit und das Gemeinwohl in Essen. Angesichts steigender Einsatzzahlen stehen sie unter wachsendem Druck. Die Klimakrise wird diese Belastung – wie durch Trockenheitsbrände und Starkregen-Ereignisse – weiter verschärfen. Ihre Aufgaben können Feuerwehren und Hilfsorganisationen nur wahrnehmen, wenn sie materiell und personell gut aufgestellt sind. Ehrenamtliches Engagement der vielen Freiwilligen in unseren Blaulicht-Organisationen sollte mehr Wertschätzung erfahren, z.B. durch Vergünstigungen für öffentliche Einrichtungen. Auch Arbeitgeber*innen, die ihre Mitarbeiter*innen für ehrenamtliche Tätigkeit, z.B. im Rahmen von Einsätzen, gelegentlich freistellen müssen, dürfen nicht benachteiligt sein. Die Einsatzkräfte der Freiwilligen und der Berufs-Feuerwehr benötigen für besondere Einsatzlagen angepasste Einsatzkleidung und ausreichend Personal. Freizeitsportangebot für Blaulicht-Organisationen wollen wir verbessern und Trainingszeiten in Sportstätten gut gestalten, damit sich die Kolleg*innen für den Einsatzalltag fit halten können. Wir wollen ein kommunales Handlungskonzept zur höheren Wertschätzung und besseren Vereinbarkeit von Ehrenamt im Bevölkerungsschutz und Beruf.

Essen als faire und innovative Arbeitgeberin

Unser Ziel ist, dass die Stadt Essen und ihre Tochtergesellschaften konsequent ökologisch agieren, faire Arbeitsbedingungen bieten und Transparenz und Mitbestimmung für Mitarbeiter*innen ermöglichen. Die Stadtverwaltung mit ihren Töchtern ist eine der größten Arbeitgeberinnen in Essen. Dem zunehmenden Druck, guten Nachwuchs zu gewinnen, muss durch ein verstärktes Ausbildungsplatzangebot begegnet werden. Für Quereinsteiger*innen in die Verwaltung sind vermehrt Qualifizierungsangebote einzuplanen. Durch flexible Arbeitszeitmodelle muss es den Mitarbeiter*innen erleichtert werden, Erwerbs- und familiäre Sorgearbeit miteinander zu vereinbaren. Das Angebot an Teilzeitangeboten gilt es u.a. auch für Führungskräfte auszubauen. Den hohen Krankenstand in Essens Verwaltung und den Tochtergesellschaften wollen wir durch ein besseres betriebliches Gesundheitsmanagement begegnen. Den Anteil von Frauen in Führungspositionen in Verwaltung und städtischen Betrieben wollen wir erhöhen. Die

Diversität der Bürger*innen muss sich auf allen Ebenen der städtischen Verwaltung und der Tochtergesellschaften widerspiegeln, z.B. durch den Ausbau von transkulturellen Kompetenzen und die Steigerung des Anteils der Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung.

Verwaltung modernisieren

Wir setzen uns für eine bürger*innennahe Verwaltung ein, die auf allen Ebenen transparent und kostenbewusst handelt. Wir stehen für eine aufgabenorientierte Überprüfung der aktuellen Verwaltungsstruktur und werden den mitunter falschen Ressourceneinsatz in der Verwaltung beenden, um unterbesetzte Bereiche der Verwaltung zu stärken. Dabei werden wir auch prüfen, ob durch Entbürokratisierung von Verfahren sowohl die Stadtverwaltung als auch die Bürger*innen entlastet werden können.

Wir treten für einen umfassenden Ausbau der digitalen Verwaltung ein, damit die Bürger*innen ihre Anliegen online bequem und schnell erledigen können. Zur einfachen Auffindbarkeit und Bedienbarkeit sollten möglichst viele amtliche Verfahren in einem „Digitalen Bürger*innenamt" gebündelt und auf einer nutzer*innenfreundlichen Oberfläche der städtischen Homepage zusammengeführt werden. Digitale Teilhabe muss alle Bürger*innen erreichen, darf aber kein Zwang sein. Daher müssen den Bürger*innen weiterhin genügend persönliche Ansprechpartner*innen in der Verwaltung zur Verfügung stehen. Das Bürger*innen-Informationssystem der Stadt sollte eine barrierefreie Erweiterung durch die Komponente „leichte Sprache" erfahren, damit der Zugang zu den städtischen Leistungen für alle Bürger*innen gewährleistet ist.

Bürger*innen beteiligen – mitwirkende Zivilgesellschaft

Wir treten für eine aktive Beteiligung der Anwohner*innen an der Gestaltung des öffentlichen Raums ein. Wenn Stadtviertel, Wege, Grünflächen und Plätze gemeinsam mit den Bürger*innen so geplant und gestaltet werden, dass sie sich damit identifizieren können, werden sie sich auch stärker um ihr Quartier kümmern und den öffentlichen Raum zu ihrer Angelegenheit machen.

Wir fordern die Ausweitung niedrigschwelliger Beteiligungsformen während der Planungs- und Umsetzungsphase von Infrastrukturprojekten. Das können Planungsworkshops, Diskussionsforen oder Planungszellen sein, zu denen eine repräsentative Auswahl von Bürger*innen eingeladen wird und in denen Bürger*innen-Gutachten erstellt werden.

Insbesondere die junge Generation, die am meisten von den zukünftigen Konsequenzen heutiger Entscheidungen betroffen ist, muss aktiv und von Anfang an Teil des demokratischen Prozesses sein. „Fridays for Future" hat das hohe demokratische Engagement von jungen Menschen für Zukunftsfragen gezeigt. Nach dem Vorbild der Stadt Tübingen sollen sich alle Einwohner*innen Essens ab 16 Jahren mittels einer App an der politischen Willensbildung durch Online-Abstimmungen zu ausgewählten Themen beteiligen können.

Nur ein Seniorenrat kann die Interessen der Senior*innen authentisch vertreten. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung eines Seniorenrates nach Düsseldorfer Vorbild ein.

Alle städtischen Gremien sollten grundsätzlich öffentlich tagen, sofern Vertraulichkeit nicht zwingend erforderlich ist. Alle Daten der Verwaltung, die nicht der Vertraulichkeit unterliegen, sollten in offenen Dateiformaten der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen die „Mängelmelder-App" der Stadt Essen so ausbauen, dass diese zu einer „Essen-App" wird, bei der die Bürger*innen Störungen und Probleme von Glasscherben auf dem Radweg bis hin zu durstigen Bäumen melden können, einfache Anliegen mit der Verwaltung klären oder sich an Online-Befragungen beteiligen können.

Klimaschutz lebt vom Brückenschlag in die Zivilgesellschaft. Die „Stabsstelle Klimaschutz" der Stadtverwaltung wollen wir zu einem „Kompetenzzentrum Klimaschutz" ausbauen und es personell verstärken. Allen Bürger*innen wollen wir unabhängige Beratungs- und Bildungsangebote für Energiesparmaßnahmen, erneuerbare Energieerzeugung und klimafreundliches Bauen und die gezielte Nutzung von Fördermitteln eröffnen. Auch der EnergieSparService der Diakonie Essen und das Energieberatungsangebot der Verbraucherzentrale müssen dauerhaft unterstützt werden.

9. Essen finanzierbar

Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik, er braucht eine grüne Richtung. Unsere Leitlinien für eine moderne und nachhaltige Haushaltspolitik sind: Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen ökonomisch sinnvoll, ökologisch verantwortlich und sozial gerecht sein. Essen hat einen riesigen Nachholbedarf bei Zukunftsinvestitionen. Das wollen wir ändern und setzen auf eine zukunftsfähige Infrastruktur in Essen – seien es die Bildungseinrichtungen, die Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, die Verkehrswege der Stadt, die Anforderungen von Klimaschutz, Barrierefreiheit und Digitalisierung. Investieren in intakte Infrastrukturen ist ein Beitrag zur Chancen- und Generationengerechtigkeit. Eine gute kommunale Daseinsvorsorge erhöht Lebensqualität und fördert eine gesundheits- und klimafreundliche Umgebung.

Haushalts- und Finanzpolitik: innovativ, klimagerecht, solide und solidarisch

Die seit Jahrzehnten katastrophale Haushaltslage der Stadt behindert wirksame Maßnahmen der Umorientierung und des Umbaus. Neben hausgemachten Fehlern der Vergangenheit führen besonders die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit zu immensen Ausgaben, welche die Stadt aus eigenen Mitteln nicht mehr bezahlen konnte.

Durch extreme Sparbemühungen im städtischen Haushalt und eine massive Stützung in Höhe von rund einer halben Milliarde Euro durch den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ der rot-grünen Landesregierung, konnte im Jahr 2017 der erste ausgeglichene Haushalt seit 25 Jahren realisiert werden. Doch die dramatischen negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den städtischen Haushalt zwingen die Stadt zur Aufnahme neuer Schulden. Die Stadt Essen leidet allerdings auch ohne die coronabedingten Belastungen unter einem Schuldenberg von etwa drei Milliarden Euro, darunter fast zwei Milliarden reine Kassenkredite. Die Ursachen für diese über Jahrzehnte angehäufte Schuldenlast liegen auch in einer unzureichenden Soziallastenfinanzierung seitens des Bundes und einer nicht aufgabenangemessenen Finanzausstattung durch das Land. Es bedarf daher dringend einer konkreten Vereinbarung über die Übernahme der kommunalen Altschulden durch den Bund und das Land NRW, wie bereits konzeptionell von der grünen Landtagsfraktion vorgelegt. Daneben bedarf es weiterer Entlastungen der Kommunen im Sozialbereich durch den Bund.

Die zum Teil falschen Prioritätensetzungen der Vergangenheit und die Konsolidierung haben erhebliche Spuren bei der Infrastruktur hinterlassen. Trotz etlicher Förderprogramme von Bund und Land, z.B. zur Schulmodernisierung – sind immer noch zahlreiche öffentliche Gebäude sanierungsbedürftig und oft nicht auf dem notwendigen

technischen Stand. Auch Verkehrswege befinden sich in vielen Teilen in beklagenswertem Zustand.

Eine zukunftsgewandte Finanzpolitik investiert gezielt in Klimaschutz und Klimaanpassung und ist auf Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet. Deshalb wollen wir mehr Mittel in Klimaschutz-Aktivitäten investieren, die zur Reduktion von Treibhausgasen beitragen. Wir wollen einen Klimafonds für Essen. Weitere Prioritäten setzen wir bei der Finanzierung der Energie- und Verkehrswende, dem sozialen Wohnungsbau, der Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur.

Die Anlagestrategie der Stadt mit ihren Beteiligungen wollen wir konsequent auf nachhaltiges Investment ausrichten und an ethischer und wirtschaftlicher Tragfähigkeit messen. Wir wollen eine „nachhaltige Beschaffung" in Essen, denn sie setzt wichtige Impulse im Anbietermarkt, schont Umwelt und Ressourcen und wird Essen als „Grüne Hauptstadt Europas" gerecht.

Die Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge in den Bereichen Wasser, Energie, Verkehr oder Gesundheit lehnen wir ab. Denn wir wollen die Qualität der Angebote für alle Bürger*innen zu bezahlbaren Preisen sichern.

Wir setzen Gender Budgeting um, denn Essens Haushalts- und Finanzpolitik muss diskriminierungsfrei sein: Städtische Mittel müssen allen Bürger*innen unabhängig vom Geschlecht gleichermaßen zugutekommen.

Für eine echte Wende in der Verkehrspolitik sind massive Investitionen in den Nahverkehr und den Ausbau des Radverkehrs notwendig. Vorhandene Straßen und Parkplätze wollen wir so umgestalten, dass Busse und Bahnen mit wenigen Hindernissen zügig, sicher und bevorzugt fahren können. Die Beschlusslage der Ratsmehrheit, wonach 116 Millionen Euro in dem Straßenbau fließen und weniger als zwei Millionen in den Radverkehr, muss deutlich verändert werden.

Wir werden durch eine deutliche Aufstockung der Planungskapazitäten in der Verwaltung dafür sorgen, dass mit einer Eigenbeteiligung von 20 % seitens der Stadt Fördergelder von 20 Millionen Euro für den Radverkehr nach Essen geholt werden können. Zugleich wollen wir mit dem Land und den Nachbarkommunen eine Vernetzung der Radschnellweg-Verbindungen planen und ermöglichen.

Die Stadt strafft ihr Beteiligungsportfolio im Interesse von Leistungsoptimierung hin zur Marktfähigkeit, Nutzung von Synergien, Transparenz und Steuerbarkeit. Intransparente „Schattenhaushalte" werden stillgelegt. Regelmäßig erstellen externe unabhängige Beratungsunternehmen aussagefähige Benchmark-Analysen („Sachverständigenrat") als Grundlage für eine fachkundigere Steuerung.

10. Essen regional bis international

Metropole Ruhr und RVR

Wir sehen Essen als Motor der Metropole Ruhr. Diese muss weiter gestärkt werden. Wir wollen eine noch engere Kooperation der Essener Wirtschaftsförderung und der Wirtschaftsförderung der Metropole Ruhr. Dies stärkt nicht nur den Wirtschaftsstandort der Metropolregion, sondern gleichzeitig auch von Essen. Der Regionalverband Ruhr soll weiter in die Lage versetzt werden, seine Aufgaben zukunftsorientiert im Interesse der gesamten Region zu erfüllen. Der RVR ist mehr als die Summe kommunaler Interessen. Den Regionalplan Ruhr wollen wir zum Erfolg führen. Die interkommunale Zusammenarbeit wollen wir weiter stärken – sei es für Klimaschutz, grüne Infrastrukturen, für eine ruhrgebietsweite Verkehrswende sowie Clusterbildung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Wir setzen uns für eine zügige Realisierung des Radschnellwegs RS1 ein, sowie für eine zügige Umsetzung des regionalen Radverkehrsplans. Wir unterstützen ausdrücklich das vom RVR ausgearbeitete regionale Mobilitätskonzept. Wir machen uns dafür stark, das auf Landesebene das 365-Euro-Jahrestickets für alle eingeführt wird.

Essen – Stadt mit internationaler Verantwortung

Leitfaden grüner Politik ist global zu denken und lokal zu handeln. Internationaler Austausch und Städtepartnerschaften sind wichtiger Bestandteil von Kommunalpolitik. Städtepartnerschaften tragen dazu bei, den kulturellen Austausch zu fördern und damit gegenseitiges Verstehen und Respektieren unterschiedlicher kultureller Gemeinschaften zu ermöglichen. Auch können sie dazu beitragen, wechselseitig lokale Demokratie und Zivilgesellschaften zu stärken. Deshalb werden wir diese Partnerschaften fördern und nutzen. Wir wollen, dass Essen Solidaritätssignale aussendet, wenn anderswo Menschenrechte verletzt oder Menschenrechtsverteidiger*innen verfolgt werden.

Die Stadt Essen ist auf Initiative der GRÜNEN seit 2013 Fairtrade-Stadt. Hintergrund sind die globalen Nachhaltigkeitsziele für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt. Wir wollen den Einsatz von fair gehandelten und ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellten Produkten, die internationale soziale Standards einhalten, in der Stadtverwaltung noch weiter ausbauen. Wir wollen mehr Fairtrade-Schulen und Faire Kitas in Essen. Außerschulische Lernorte wie der KaffeeGartenRuhr im Grugapark sollen gefördert werden.

Wir wollen, dass Essen offen und neugierig auf die Welt bleibt. Als Wissenschaftsstadt ist Essen international vernetzt. Essen kann dazu beitragen, Globalisierung gerecht zu gestalten. Wir wollen den Eine-Welt-Gedanken stärken. Beschaffung und Einkauf müssen diesem Gedanken Rechnung tragen und sich mehr für fairen Handel öffnen. Bürgerschaftliches Engagement für die Eine Welt unterstützen wir.

Essen in Europa

Essen profitiert enorm von der Europäischen Union. Baden in der Ruhr, der Emscher-Umbau, der Fischlift am Stauwehr des Baldeneysees, die Sanierung des Weltkulturerbes Zollverein, Forschungsvorhaben an der Universität Duisburg-Essen – das alles wäre ohne die Zuwendungen der EU nicht möglich. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf wie Altendorf, Altenessen oder Katernberg haben von EU-Sozialfonds profitiert. Europaschulen vermitteln europäische Werte.

Wir setzen uns für eine Verstärkung der Europaaktivitäten der Stadt Essen ein und wollen städtischen Mitarbeiter*innen eine Teilnahme am Austauschprogramm Erasmus+, dem EU-Programm für lebenslanges Lernen, Jugend und Sport, ermöglichen.

Wir fühlen uns den Auszeichnungen Essens als „Kulturhauptstadt Europas 2010“ und „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ verpflichtet und wollen, dass unsere Stadt diesen Auszeichnungen dauerhaft gerecht wird.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Bündnis 90/Die Grünen Essen,
Kopstadtplatz 13, 45127 Essen

Redaktion:
Kai Gehring, Stephan Neumann,
Sarah Pfülb, Helmar Pless (V.i.S.d.P)

Layout:
Ihr Gestalter | Michael Spitzer
info@ihr-gestalter.de

Illustrationen:
Jonas Heidebrecht

Druck:
FLYERALARM GmbH
Alfred-Nobel-Str. 18
97080 Würzburg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Essen
Kopstadtplatz 13
45127 Essen

Fon: 0201 / 24 76 4-33
Web: www. gruene-essen.de

Am **13.09.**
Grün wählen!

Grün ist deine Zukunft.